



C Motionen und Postulate

Motionen und Postulate

Staatskanzlei

Motionen

1. *Herbert Widmer* und Mit. über die Erstellung eines umfassenden Leitbildes betreffend die zukünftige Entwicklung des Kantons Luzern (Nr. 371). Eröffnet 24.1.05, erh. 13.9.05

Wir werden Ihrem Rat mit dem Legislaturprogramm 2007–2011 ein Leitbild vorlegen.

Postulate

1. *Gerhard Klein* und Mit. über parlamentarische Unterlagen (Nr. 877). Eröffnet 1.4.03, teilw. erh. 14.9.04

Die Internetversion der Traktandenliste ist mit den Botschaften des Regierungsrates und mit den Texten der Vorstösse verlinkt. Wir werden das Internet-Angebot auf die neue Legislatur noch erweitern. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

2. *Konrad Graber* und Mit. über einen Planungsbericht «Verselbständigungen» (Nr. 616). Eröffnet als Motion 23.04.2002, erh. als Postulat 3.11.04 (in Verbindung mit dem Finanzdepartement)

Wir erachten eine flächendeckende Beurteilung der Möglichkeiten zur Verselbständigung gewisser Bereiche der Verwaltung als nicht sinnvoll. Wir haben den pragmatischen Weg gewählt. Anlässlich einer Informationsveranstaltung haben wir Ihrem Rat auf der Basis einer von uns in Auftrag gegebenen interdisziplinären Studie die Grundlagen für eine Auslagerung der Aufgabenerfüllung dargelegt. Im Rahmen der Botschaft zum neuen Spitalgesetz haben wir Ihnen die Gelegenheit zu einer Grundsatzdebatte über Verselbständigungen geboten. Sie haben die Verselbständigung der Spitäler beschlossen, die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben dem neuen Spitalgesetz zugestimmt. Weitere Verselbständigungen sind in Prüfung. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

3. *Patrick Graf* und Mit. über eine zentrale Information über Vernehmlassungen im Internet (Nr. 571). Eröffnet 8.11.05, erh. 14.2.06

Die Vernehmlassungen der Departemente zu Sachvorlagen sind seit längerer Zeit im Internet abrufbar. Seit kurzem publizieren wir auch die Stellungnahmen des Kantons zuhanden von Bundesstellen in der gleichen Rubrik. Die Veröffentlichung erfolgt durch die zuständigen Departemente, zentral führen wir auf der Website der Regierung eine (verlinkte) Liste der Vernehmlassungen und Stellungnahmen. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

Motionen

1. *Klaus Wermelinger* und Mit. über die Teilrevision des Kantonalen Landwirtschaftsgesetzes (Nr. 383). Eröffnet 8.5.01, erh. 11.9.01

Die Realisierung der Massnahmen des Planungsberichts über die Entwicklung der Landwirtschaft im Kanton Luzern (B 122 vom 4. November 2005) hat gezeigt, dass eine Revision des kantonalen Landwirtschaftsgesetzes nicht erforderlich ist. Es ergeben sich jedoch Anpassungen aus der Einführung des neuen Finanzausgleichs auf Bundesebene, insbesondere zur Einführung von Programmvereinbarungen. Sie sind Teil der Finanzreform 08, die 2007 von Ihrem Rat behandelt wird. Wir beantragen Ihnen, die Motion **abzuschreiben**.

2. *Louis Schelbert* und Mit. über eine nachhaltige Industriepolitik (Nr. 740). Eröffnet 10.9.02, teilw. erh. 16.3.04

Den Anliegen der Motion wird in unserer Wirtschafts-, Bildungs- und Strukturpolitik laufend Rechnung getragen. Wir beantragen Ihnen, die Motion **abzuschreiben**.

3. *Peter Schilliger* und Mit. über die Aufhebung der Abhängigkeit einer Finanzstärke der Gemeinde bei der Kostenzuteilung im Gesetz über den öffentlichen Verkehr (Nr. 328). Eröffnet 3.11.04, erh. 14.3.05

Es ist vorgesehen, das Anliegen im Rahmen der Finanzreform 08 aufzunehmen.

4. *Pius Höltschi* namens der RUEK über die kantonale Richtplanung (Nr. 350). Eröffnet 30.11.04, erh. 3.5.05

Der Bericht über die Zielerreichung und die Wirkungen des kantonalen Richtplans 1998 (Controllingbericht 2006) wurde am 15. September 2006 von Ihrem Rat zustimmend zur Kenntnis genommen. Wir beantragen Ihnen, die Motion **abzuschreiben**.

5. *Heinz Dätwyler* und Mit. über die Wiederaufnahme der längerfristigen Option einer Stadt-/Trambahn Kriens in das Agglomerationsprogramm bzw. in die entsprechenden Richtpläne (Nr. 474). Eröffnet 27.6.05, erh. 18.1.06

Die Option eines neuen Agglomerations-Verkehrsmittels ist Bestandteil des geänderten kantonalen Richtplans, den Ihr Rat am 7. November 2006 genehmigt hat. Wir beantragen Ihnen, die Motion **abzuschreiben**.

6. *Josef Fischer* und Mit. über die Änderung des Gesetzes über die öffentlichen Beschaffungen (Nr. 594). Eröffnet 6.12.05, erh. 27.6.06

Im Rahmen einer Teilrevision des Gesetzes über die öffentlichen Beschaffungen, womit das seit dem 1. Januar 1999 geltende Gesetz den neuesten Veränderungen und Entwicklungen angepasst werden soll, werden wir auch im Anwendungsbereich des freihändigen Vergabeverfahrens Vereinfachungen vorschlagen.

7. *Franz Wüest* und Mit. über eine Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Verkehr – Vernunft bei der Ausschreibung von Transportleistungen (Nr. 670). Eröffnet 15.5.06, erh. 7.11.06

Wenn auf Bundesebene die neue Regelung über die Ausschreibung von Transportleistungen vorliegt, werden wir eine darauf abgestimmte Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Verkehr und den schienengebundenen Güterverkehr vorschlagen, wonach Transportleistungen nicht mehr in jedem Fall zwingend auszuschreiben sind.

8. *Josef Fischer* namens der VBK über die Aktualisierung des kantonalen Radroutenkonzeptes 1994 (Nr. 740). Eröffnet 11.9.06, erh. 4.12.06

Das kantonale Radroutenkonzept wird bis 2009 aktualisiert. Die Gemeinden, Regionalplanungsverbände, Parteien und weitere interessierte Verbände werden mittels Vernehmlassungsverfahren in die Überarbeitung einbezogen.

9. *Konrad Graber* und Mit. über baurechtliche Anreize zur Förderung erneuerbarer Energien (Nr. 711). Eröffnet 26.6.06, erh. 5.12.06

Wie im Planungsbericht über die Energiepolitik des Kantons Luzern dargelegt, prüfen wir, ob bei Gestaltungsplänen die maximal zulässigen Ausnutzungsboni nur noch beim Nachweis griffiger Energiesparmassnahmen oder eines hohen Anteils an erneuerbaren

Energien gewährt werden sollen. Entsprechende genauere Vorgaben sind auf Verordnungsstufe festzulegen. Zudem prüfen wir weitere planungsrechtliche Massnahmen für Neubauten und Gebäudeerneuerungen, bei denen der Anteil an nicht erneuerbaren Energien durch technische oder bauliche Massnahmen massgeblich reduziert wird.

Postulate

1. *Louis Schelbert* und Mit. über die Neuregelung der Kompetenzen im öffentlichen Verkehr (Nr. 165). Eröffnet als Motion 4.7.2000, erh. als Postulat 24.10.2000
Die Anliegen werden im Rahmen der Finanzreform 08 geprüft. Aktuell ist eine Arbeitsgruppe an der Arbeit und im Frühjahr 2007 nimmt unser Rat in einem Zwischenbericht zur bisherigen Arbeit Stellung.

2. *Pius Höltschi* und Mit. über die Einführung des Halbstundentakts der S-Bahn Zentralschweiz auf dem gesamten Abschnitt Seetalbahn (Nr. 385). Eröffnet 8.5.01, erh. 11.9.01

Im Rahmen der gestaffelten Einführung des Halbstundentakts auf der Seetalbahn wurden im Dezember 2005 weitere Angebotsverbesserungen zu einem Halbstundentakt eingeführt. Auf den Fahrplanwechsel im Dezember 2006 wurde der Halbstundentakt Luzern-Hitzkirch eingeführt.

3. *Otto Elmiger* und Mit. über die Änderung von § 11 Absatz 2 des Jagdgesetzes (Nr. 345). Eröffnet als Motion 27.3.01, erh. als Postulat 20.11.01

Das Anliegen wird im Rahmen der nächsten Revision des kantonalen Jagdgesetzes geprüft.

4. *Brigitt Aregger* und Mit. über die Aufhebung der Aufteilung der Jagdpachtzinsen unter den betroffenen Einwohnergemeinden (Nr. 517). Eröffnet 23.10.01, erh. 20.11.01

Das Anliegen wird im Rahmen der nächsten Revision des kantonalen Jagdgesetzes geprüft.

5. *Heinz Dätwyler* und Mit. über die Schaffung und Äufnung eines Fonds für Grossprojekte gemäss § 20 öVG (Nr. 518). Eröffnet 23.10.01, erh. 28.1.02

Das Anliegen wird im Rahmen der Finanzreform 08 geprüft.

6. *Rico De Bona* und Mit. über die Finanzierung einer S-Bahn (Nr. 521). Eröffnet 19.11.01, erh. 28.1.02

Das Anliegen wird im Rahmen der Finanzreform 08 geprüft.

7. *Guerino Riva* und Mit. über die Optimierung des Lärmschutzprojekts «Silentio» im Bereich Bramberg/St. Karli (Nr. 531). Eröffnet als Motion 20.11.01, erh. als Postulat 5.3.02

Für die Gesamterneuerung der A 2 auf dem Gebiet der Stadt Luzern (Reussegg-Grosshof) wurden 2004 eine strategische Planung durchgeführt und die Ergebnisse dem Bundesamt für Strassen (Astra) unterbreitet. Bestandteil dieser Planung sind verschiedene Varianten für Lärmschutzmassnahmen im Bereich der Sentibrücken. Über die Massnahmen auf Nationalstrassen entscheidet der Bund. Als Bestvariante wurden Lärmschutzwände bestimmt. Das Massnahmenkonzept für die Gesamterneuerung Reussegg-Grosshof und das Ausführungsprojekt für die Lärmschutzmassnahmen Sentibrücken wurden erarbeitet und dem Astra zur Genehmigung eingereicht. Das Uvek hat die öffentliche Planaufgabe für die Lärmschutzmassnahmen Sentibrücken freigegeben. Die Realisierung ist gemäss Unterhaltsplanung Nationalstrassen des Bundes in den Jahren 2010 bis 2012 vorgesehen.

8. *Albert Vitali* und Mit. über die Reformorientierung des Richtplans 98 (Nr. 571). Eröffnet 22.1.02, erh. 27.5.02

Der Bericht über die Zielerreichung und die Wirkungen des kantonalen Richtplans 1998 (Controllingbericht 2006) wurde am 15. September 2006 von Ihnen zustimmend zur Kenntnis genommen. Die alle zehn Jahre vorgesehene Überarbeitung des kantonalen Richtplans wird im Januar 2007 gestartet. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

-
9. *Josef Fischer* und Mit. über die Finanzierung der Strassenrechnung (Nr. 601). Eröffnet 5.3.02, erh. 9.9.02 (in Verbindung mit dem Finanzdepartement)
Das Instrument der Strassenrechnung ist zweckmässig. Die Kantone und Gemeinden profitieren vom neuen Infrastrukturfonds des Bundes ab 2008. Es ist vorgesehen, im Rahmen der Finanzreform 08 die gesetzlichen Grundlagen entsprechend auszugestalten.
10. *Heinz Dätwyler* und Mit. über den Abbau der aufgelaufenen Strassenbauschuld gemäss bestehender Sonderfinanzierung (Nr. 710). Eröffnet 9.9.02, erh. 25.11.02
Die Strassenbauschuld wird mit dem Rechnungsabschluss 2006 weiter verringert. Sie wird im Rahmen der Finanzplanung sukzessive reduziert. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.
11. *Konrad Graber* und Mit. über Energiesparmassnahmen (Nr. 604). Eröffnet 5.3.02, erh. 17.2.03
Die Anliegen wurden im Planungsbericht über die Energiepolitik des Kantons Luzern, den Ihr Rat in zustimmendem Sinn zur Kenntnis genommen hat, aufgenommen. Schwerpunkte bilden die Steigerung der Energieeffizienz bei Gebäuden, die Förderung der Verwendung von Biomasse und Holz als Energieträger und die Weiterentwicklung von Beratung und Information. Das Förderprogramm (jährlich 1 Mio. Fr. auf 10 Jahre) und die Vorbildfunktion des Kantons im Gebäudebereich sind ebenfalls politisch abgestützt. Mit dem Planungsbericht sind auch wichtige klimapolitische Massnahmen verbunden. Zurzeit wird das Energiekonzept erarbeitet.
12. *Pia Maria Brugger* und Mit. über die Finanzierung des gesamten Agglomerationsverkehrs (Nr. 769). Eröffnet als Motion 29.10.02, erh. als Postulat 1.4.03
Am 7. November 2006 haben Sie den Planungsbericht zum Agglomerationsprogramm Luzern zustimmend zur Kenntnis genommen und die entsprechende Richtplananpassung genehmigt. In dem Bericht haben wir die Finanzierung aufgezeigt. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.
13. *Adrian Borgula* und Mit. über die Reduktion des Kohlendioxidausstosses im Kanton Luzern (Nr. 847). Eröffnet 17.2.03, teilw. erh. 24.6.03
Wir verweisen auf die Ausführungen zum Postulat Konrad Graber und Mit. (Nr. 604).
14. *Louis Schelbert* namens der GB-Fraktion über eine Betriebszentrale der SBB in Luzern (Nr. 20). Eröffnet 23.6.03, erh. 25.11.03
Wir haben uns mit allen Mitteln für den Erhalt der Betriebszentrale der SBB in Luzern eingesetzt. Die SBB haben unsere Anliegen sorgfältig geprüft, jedoch 2006 entschieden, dass die zukünftigen Betriebsleitzentralen in Zürich, Olten, Lausanne und in Bellinzona situiert sein werden. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.
15. *Heinz Dätwyler* und Mit. über zügige und wirksame Massnahmen zugunsten der bestehenden Buslinie Nr. 1 Luzern-Kriens-Obernau (Nr. 107). Eröffnet 25.11.03, erh. 19.1.04
Die Luzernerstrasse in Kriens wurde im Jahr 2004 saniert, wovon auch die Buslinie 1 profitiert. Weiter wurde das Bus-Förderungskonzept AggloMobil verabschiedet und das Agglomerationsprogramm Luzern erarbeitet. Die Verbesserung der Bedingungen für die Buslinie 1 besitzt in unseren Planungen hohe Priorität. Wir werden weitere Massnahmen gemäss Bauprogramm für die Kantonsstrassen umsetzen. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.
16. *Balz Koller* und Mit. über die Prioritätensetzung der Aufhebung des Niveauübergangs in Sempach Station, Gemeinde Neuenkirch (Nr. 59). Eröffnet als Motion 9.9.03, erh. als Postulat 26.1.04
Das Vorhaben ist im Bauprogramm 2007–2010 für die Kantonsstrassen im Topf B enthalten. Mit der Erarbeitung des Bauprojekts wird 2007 begonnen. Die Realisierung ist ab 2011 vorgesehen. Zum Bauprojekt weiterbearbeitet wird die Variante Ost-Umfahrung. Im Januar 2006 hat die Gemeinde Neuenkirch eine neue Gemeindestrasse öffentlich aufgelegt, welche die Erreichbarkeit der Industriezone Sempach-Station Nord-Ost verbessert. Die Linienführung der Gemeindestrasse entspricht der Linienführung des Kantonsstrassenprojekts.
-

-
17. *Konrad Graber* über eine Standesinitiative zur Lösung der Verkehrsprobleme in den Agglomerationen (Nr. 143). Eröffnet 8.3.04, erh. 9.3.04
Das eidgenössische Parlament hat im Herbst 2006 den Infrastrukturfonds für den Agglomerationsverkehr und das Nationalstrassennetz beschlossen. Darin ist vorgesehen, innert 20 Jahren 8,5 Milliarden Franken für die Fertigstellung des Nationalstrassennetzes, 5,5 Milliarden für die Beseitigung von Engpässen und 6 Milliarden Franken für Agglomerationsprojekte zu verwenden. In der zweiten Hälfte 2007 will der Bundesrat dem Parlament eine Botschaft „Zukünftige Entwicklung der Bahnprojekte ZEB“ unterbreiten. Die Lösung der Verkehrsprobleme im Raum Luzern ist im Agglomerationsprogramm Luzern aufgezeigt. Wir werden uns für die Umsetzung der darin aufgeführten Massnahmen einsetzen.
18. *Hermann Morf* und Mit. über die Einreichung einer Standesinitiative zur Entlastung des Agglomerationsverkehrs (Nr. 151). Eröffnet als Motion 8.3.04, erh. als Postulat 9.3.04
Wir verweisen auf die Ausführungen zum Postulat Konrad Graber und Mit. (Nr. 143).
19. *Heinz Dätwyler* und Mit. über die Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Verkehr und den schienengebundenen Güterverkehr (Nr. 851). Eröffnet als Motion 17.2.03, erh. als Postulat 15.3.04
Die Schaffung der notwendigen gesetzlichen Grundlagen zur Umsetzung des Agglomerationsprogramms, namentlich zur Finanzierung der darin vorgesehenen Bahn- und Strasseninfrastrukturvorhaben, ist Gegenstand der Finanzreform 08.
20. *Konrad Graber* über wirksame Energieförderung im Kanton Luzern (Nr. 166). Eröffnet 3.5.04, erh. 14.6.04
Wir verweisen auf die Ausführungen zum Postulat Konrad Graber und Mit. (Nr. 604).
21. *Adrian Borgula* namens der GB-Fraktion über die Weiterführung der Energie- und Klimapolitik (Nr. 186). Eröffnet 3.5.04, teilw. erh. 14.6.04
Wir verweisen auf die Ausführungen zum Postulat Konrad Graber und Mit. (Nr. 604).
22. *Patrick Meier* und Mit. über die Neat-Linienführung und den Tiefbahnhof Luzern (Nr. 167). Eröffnet 3.5.04, teilw. erh. 14.9.04
Die Linienführung der NEAT ist im Sachplan Alptransit verbindlich festgelegt worden. Der Bund hat es abgelehnt, auf den Linienführungsentscheid zurückzukommen. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.
23. *Christian Forster* und Mit. über die Chancenverbesserung für Kleinfirmen und Neunternehmen bei Einladungsverfahren im Beschaffungswesen (Nr. 335). Eröffnet 3.11.04, erh. 8.3.05 (in Verbindung mit dem Finanzdepartement)
Die Departemente und Dienststellen laden bei Beschaffungen, die in der Ausführungskapazität von Klein- und Neunternehmungen liegen, auch solche Unternehmen zur Abgabe eines Angebots ein. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.
24. *Fredy Zwimpfer* und Mit. über eine Standesinitiative betreffend Streichung des Verbandsbeschwerderechtes (Nr. 322). Eröffnet als Motion 3.11.04, teilw. erh. als Postulat 21.6.05
Die eidgenössischen Räte haben am 20. Dezember 2006 eine Änderung des Bundesgesetzes über den Umweltschutz verabschiedet, die eine Straffung und Präzisierung des Verbandsbeschwerderechtes beinhaltet, um dessen Missbrauch zu verhindern. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.
25. *Christian Forster* und Mit. über wirtschaftliche Potenziale in Entwicklungsschwerpunkten (Nr. 413). Eröffnet 14.3.05, erh. 21.6.05
Seit November 2006 ist eine Studie „Erfolgskontrolle von Entwicklungsschwerpunkten“ in Bearbeitung. Deren Ergebnisse und insbesondere Handlungsempfehlungen werden in die Überarbeitung des kantonalen Richtplans einfließen.
26. *Adrian Borgula* namens der GB-Fraktion über erste Schritte für einen umfassenden Hochwasserschutz (Nr. 512). Eröffnet 12.9.05, erh. 13.9.05
Die Anliegen werden im Rahmen des Konzepts für den Hochwasserschutz Kleine Emme und Reuss (B 136 vom 24. März 2006) bearbeitet. Die betroffenen Gemeinden sind in
-

das Projekt einbezogen. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

27. *Ruedi Amrein* über die Wiederherstellung der Unwetterschäden im August 2005 (Nr. 513). Eröffnet 12.9.05, erh. 13.9.05

Wir verweisen auf die Ausführungen zum Postulat Adrian Borgula und Mit. (Nr. 512). Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

28. *Trix Dettling Schwarz* und Mit. über einen Planungsbericht für den Umgang mit Naturkatastrophen (Nr. 523). Eröffnet als Motion 12.9.05, erh. als Postulat 13.9.05

Gefahrenhinweiskarten existieren flächendeckend für die Prozesse Lawinen, Wildbäche inkl. Murgänge und Übersarung, Rutschungen, Steinschlag und Hochwasser. Für die meisten Gemeinden sind detaillierte Gefahrenkarten erstellt oder in Bearbeitung.

29. *Adrian Borgula* namens der GB-Fraktion über den Erhalt eines flächendeckenden Wagenladungsverkehrs durch die SBB (Nr. 583). Eröffnet 5.12.05, erh. 6.12.05

Die Verhandlungen mit SBB Cargo sind noch im Gange. Es zeichnen sich gewisse Verbesserungen ab. Sie sind jedoch stark abhängig von der strategischen Ausrichtung von SBB Cargo.

30. *Josef Dissler* und Mit. über die eigentumsübergreifende Zusammenarbeit im Luzerner Wald (Nr. 450). Eröffnet als Motion 3.5.05, erh. als Postulat 17.1.06

Die Anliegen des Postulats werden realisiert. Erste Regionale Organisationen für die eigentumsübergreifende Zusammenarbeit im Luzerner Wald sind gegründet. Zur Förderung von wettbewerbsfähigen Organisationen wurden Beförsterungs- und Strukturbaubeiträge verfügbar gemacht.

31. *Albert Vitali* und Mit. über die Vereinfachung und Steigerung der Wirksamkeit der Wirtschaftsförderung (Nr. 473). Eröffnet 27.6.05, erh. 17.1.06

Die Wirtschaftsförderung Luzern wurde in Form einer privatrechtlichen Stiftung neu organisiert. Sie hat ihre operative Tätigkeit am 1. April 2006 aufgenommen. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

32. *Heidy Lang-Iten* und Mit. über den Ausstieg des Kantons Luzern aus der Standortpromotion Zentralschweiz (Nr. 485). Eröffnet 28.6.05, erh. 17.1.06

Die Standortpromotion Zentralschweiz (SPZ) hat Ihre Tätigkeit per 31. Dezember 2005 eingestellt. Nach Beendigung verbleibender Liquidationsmassnahmen wurde die SPZ Ende 2006 auch formell aufgelöst. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

33. *Christian Forster* und Mit. über die Erstellung eines Verkehrsprogramms für ländliche Zentren und Regionen (Nr. 547). Eröffnet 13.9.05, erh. 17.1.06

Wichtige kantonale Planungsgrundlagen sind das neue Bauprogramm 2007–2010 für die Kantonsstrassen, das von Ihrem Rat beschlossen wurde. Die Überarbeitung des kantonalen Richtplans nehmen wir 2007 in Angriff.

34. *Pius Höltschi* und Mit. über eine Standesinitiative zur Entlastung des Lastwagentransitverkehrs in den Dörfern – „Brummis auf die Autobahnen!“ (Nr. 430). Eröffnet als Motion 2.5.05, erh. als Postulat 18.1.06

Zwei spezielle Erhebungen im Kanton Luzern zum Schwerverkehrverhalten haben gezeigt, dass der Schwerverkehr auf untergeordneten Strassen zum überwiegenden Teil Ziel- und Quellverkehr darstellt, der nicht verlagert werden kann. Die im Postulat verlangten transitfreien Zonen sind nicht umsetzbar. Die Massnahmen im Bauprogramm 2007–2010 für die Kantonsstrassen unterstützen die Zielsetzung einer Konzentration des Lastwagenverkehrs auf übergeordneten Achsen. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

35. *Hansruedi Kurmann* und Mit. über den Kiesabbau im Reusszopf Littau (Nr. 458). Eröffnet 20.6.05, teilw. erh. 18.1.06 (in Verbindung mit dem Finanzdepartement)

Wir verweisen auf die Ausführungen zum Postulat Adrian Borgula und Mit. (Nr. 512).

36. *Adrian Borgula* und Mit. über einen haushälterischen Umgang mit dem Boden (Nr. 462). Eröffnet als Motion 20.6.05, erh. als Postulat 18.1.06

Der haushälterische Umgang mit dem Boden ist eine Kernaufgabe der Raumplanung

und ein Schwerpunktthema in der Überarbeitung des kantonalen Richtplans ab 2007.

37. *Sibylle Lehmann* und Mit. über eine finanzielle Belohnung von Gemeinden beim Erreichen eines höheren Modalsplits (Nr. 466). Eröffnet als Motion 20.6.05, teilw. erh. als Postulat 18.1.06

Die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs wird im Rahmen der Finanzreform 08 überprüft.

38. *Peter Lerch* und Mit. über die Nachrüstung der Fahrzeuge des öffentlichen Verkehrs (Nr. 467). Eröffnet 20.6.05, erh. 18.1.06

Bei Ausschreibungen sind ausschliesslich Fahrzeuge zugelassen, die den neuesten Standards bezüglich Luftreinhaltung entsprechen. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

39. *Sibylle Lehmann* und Mit. über einen neuen Ökokredit für die landwirtschaftliche Kreditkasse (Nr. 471). Eröffnet als Motion 20.6.05, erh. als Postulat 18.1.06

Die landwirtschaftliche Kreditkasse verfügt über geeignete Fördermöglichkeiten und Ressourcen, sodass zusätzliche Ökokredite nicht erforderlich sind. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

40. *Walter Stucki* und Mit. über mehr Verkehrssicherheit auf der Kreuzung Waltwil in der Gemeinde Emmen (Nr. 475). Eröffnet 27.6.05, erh. 18.1.06 (in Verbindung mit dem Justiz- und Sicherheitsdepartement)

Das Vorhaben wurde ins Bauprogramm 2007–2010 für die Kantonsstrassen, Topf A, aufgenommen. Die Planungsarbeiten beginnen 2007. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

41. *Ruedi Amrein* und Mit. über die Lösung des Verkehrsknotens Seetalplatz (Nr. 479). Eröffnet 27.6.05, erh. 18.1.06

Das Vorhaben wurde ins Bauprogramm 2007–2010 für die Kantonsstrassen, Topf B, aufgenommen. Die Planungsarbeiten werden 2007 aufgenommen. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

42. *Patrick Graf* über rasche und wirksame Sofortmassnahmen bei zu hoher Feinstaubbelastung (Nr. 619). Eröffnet 13.2.06, teilw. erh. 13.2.06

Wir haben im Dezember 2006 die Smog-Verordnung (SRL Nr. 701a) angepasst und auf den 1. Januar 2007 in Kraft gesetzt. Die Verordnung stellt sicher, dass kurzfristig anzuordnende, temporär wirksame Massnahmen zur Bekämpfung von hohen Luftschadstoffbelastungen infolge austauscharmer Wetterlagen, soweit angebracht, zeitlich und inhaltlich übereinstimmend mit Anordnungen in den Nachbarkantonen ergriffen und umgesetzt werden. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

43. *Michael Egli* und Mit. über den Prozess der Genehmigung der Ortsplanung (Nr. 260). Eröffnet 21.6.04, teilw. erh. 14.2.06 (in Verbindung mit dem Bildungs- und Kulturdepartement)

Die Abläufe der Planungsverfahren werden laufend überprüft und so ausgestaltet, dass Meinungsunterschiede rechtzeitig erkannt, die erforderlichen Entscheidungsgrundlagen in einer frühen Phase bereitgestellt und anschliessend die nötigen Entscheidungen getroffen werden können, damit die Planungsverfahren sach- und zeitgerecht abgeschlossen werden. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

44. *Sibylle Lehmann* und Mit. über eine Branchenlösung gegen übermässigen Lärm an Veranstaltungen (Nr. 464). Eröffnet 20.6.05, teilw. erh. 14.2.06 (in Verbindung mit dem Gesundheits- und Sozialdepartement)

Der Vollzug der Schall- und Laserverordnung wird weiterhin mit einer Kombination aus Selbstverantwortung der Veranstalter und amtlichen Kontrollen durchgesetzt. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

45. *Adrian Borgula* und Mit. über den Wertverlust in bestehenden Naturschutzgebieten (Nr. 470). Eröffnet 20.6.05, teilw. erh. 14.2.06

Die Pflegeleistungen in Naturschutzgebieten werden auch künftig eingekauft. Dieses Vorgehen hat sich bewährt und zu einem beachtlichen Stand des Naturschutzes im Kanton Luzern geführt. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

46. *Louis Schelbert* über die Unterstützung für autofreie Tage (Nr. 530). Eröffnet 12.9.05, erh. 14.2.06 (in Verbindung mit dem Justiz- und Sicherheitsdepartement) Wir haben entsprechende Aktionstage, wie beispielsweise den "slowUp"-Tag rund um den Sempachersee, bisher stets unterstützt und werden dies auch zukünftig tun. Wir stellen hierfür bei Bedarf – und wenn die Zuverlässigkeit der Verkehrswege durch entsprechende Umleitungssignalisationen sichergestellt werden kann – auch Kantonsstrassen zur Verfügung. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

47. *Hans Peter Pfister* und Mit. über die Realisierung der nationalen Radwanderroute Sempach–Schenk (Nr. 538). Eröffnet als Motion 13.9.05, erh. als Postulat 14.2.06

Das Vorhaben ist im Bauprogramm 2007–2010 für die Kantonsstrassen, Topf C, beschrieben. Aufgrund der Komplexität des Projekts werden die Planungsarbeiten bereits ab 2009 aufgenommen. Sofortmassnahmen für die Radfahrenden werden geprüft.

48. *Patrick Meier* und Mit. über die Sanierung der Kantonsstrasse K 17 (Nr. 570). Eröffnet 8.11.05, erh. 14.2.06

Das Vorhaben wurde ins Bauprogramm 2007–2010 für die Kantonsstrassen, Topf B, aufgenommen. Die Planungsarbeiten werden 2007 aufgenommen. Die Realisierung beginnt nach der Inbetriebnahme des Autobahnanschlusses Buchrain. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

49. *Leo Müller* und Mit. über eine Revision der Kantonalen Waldverordnung (Nr. 577). Eröffnet 8.11.05, erh. 14.2.06

Die im Bundesgesetz über die Raumplanung festgelegte Baubewilligungspflicht und die vom Bundesgericht dazu entwickelte Praxis lassen dem Kanton hinsichtlich der Bewilligungsfreiheit keinen gesetzgeberischen Handlungsspielraum. Hingegen lässt der bundesrechtliche Begriff der forstlichen Bauten und Anlagen insbesondere für Holzlager einen Ermessensspielraum offen, der ausgeschöpft werden soll. Allerdings kann die zulässige Grösse bewilligungsfreier Anlagen nicht allgemein bestimmt werden, da sie von den jeweiligen Verhältnissen abhängt. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

50. *Robert Vogel* und Mit. über die Trasse-Sicherung auf der Linie Luzern–Wolhusen (Nr. 580). Eröffnet 8.11.05, erh. 14.2.06

Gemeinsam mit den SBB erarbeiten wir zurzeit das Projekt „Angebotsentwicklung S-Bahn“. Nach Vorliegen der vom Bundesrat auf die zweite Hälfte 2007 versprochenen Botschaft „Zukünftige Entwicklung der Bahnprojekte ZEB“ stehen die Grundlagen für die weitere Planung der notwendigen Bahninfrastrukturausbauten zur Verfügung.

51. *Franz Koch* und Mit. über die Verbesserung der Wohnverhältnisse im Berggebiet (Nr. 605). Eröffnet 18.1.06, erh. 27.3.06

Die Unterstützung zur Verbesserung der Wohnverhältnisse im Berggebiet wird auch nach Inkrafttreten des Neuen Finanzausgleichs des Bundes fortgesetzt. Der Kanton kann jedoch die ausfallenden Beiträge des Bundes nicht kompensieren.

52. *Robert Vogel* und Mit. über den Verlust von über 300 Arbeitsstellen bei der Ackermann Versandhaus AG in Entlebuch (Nr. 678). Eröffnet 15.5.06, teilw. erh. 16.5.06

Der Kanton Luzern hat die ihm zugewiesenen Massnahmen im Sinne der Postulatsbeantwortung umgesetzt. Die Wirtschaftsförderung Luzern ist nach wie vor aktiv daran, frei werdende Gebäude einer neuen Nutzung zuzuführen.

53. *Adrian Borgula* namens der GB-Fraktion über die Schliessung des Versandhauses Ackermann in Entlebuch (Nr. 680). Eröffnet 15.5.06, teilw. erh. 16.5.06

Wir verweisen auf die Ausführungen zum Postulat Robert Vogel und Mit. (Nr. 678).

54. *Brigitt Aregger-Bachmann* und Mit. über die Aufnahme einer weiträumigen nördlichen Umfahrung vom A2-Anschluss Rothenburg Station zum A14-Anschluss Buchrain in den kantonalen Richtplan (Nr. 632). Eröffnet als Motion 14.2.06, erh. als Postulat 27.6.06

Die alle zehn Jahre vorgesehene Überarbeitung des kantonalen Richtplans wird im Januar 2007 gestartet. Dabei wird der „Letter of Understanding“ und auch der darin enthaltene „Ceinture Nord“ geprüft.

-
55. *Jeannette Chrétien Merz* und Mit. über die Problematik der Mobilfunkantennen im Kanton Luzern (Nr. 651). Eröffnet 27.3.06, erh. 27.6.06
Wie wir bereits in unserer Antwort vom 29. Januar 1999 auf die Interpellation Heinz Dätwyler und Mit. über den Antennenbau für neue Natel-Netze (Nr. 595) darlegten, strebten die kantonalen und kommunalen Behörden bei der Beurteilung und Bewilligung von neuen Standorten für Mobilfunkantennen von Anfang an ein koordiniertes Vorgehen an. So schloss die Dienststelle Raumentwicklung, Wirtschaftsförderung und Geoinformation mit allen konzessionierten Anbieterinnen und Anbietern im Telekommunikationsmarkt bereits 1999 eine Vereinbarung über die zweckmässige Durchführung der Bewilligungsverfahren für Mobilfunkantennen ab. In dieser Vereinbarung verpflichteten sich die Anbieterinnen und Anbieter, eine gemeinsame Nutzung von bestehenden Antennenmasten durch andere Betreibergesellschaften zu gewährleisten, bei neu geplanten Antennenstandorten eine gemeinsame Nutzung an einem Antennenmast anzustreben und Anlagen bei nicht mehr bestimmungsgemässer Nutzung auf eigene Kosten zu entfernen. Der Kanton Luzern leistete mit dem Abschluss der Vereinbarung – zusammen mit zwei weiteren Kantonen – Pionierarbeit. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.
56. *Fredy Zwimpfer* und Mit. über die S-Bahn Luzern–Sursee (Nr. 698). Eröffnet 16.5.06, erh. 27.6.06
Ab Fahrplanwechsel 2007 werden alle Bahnhöfe auf der Strecke Luzern–Sursee im Halbstundentakt bedient. Voraussetzung dafür ist die Einführung des Zugleitsystems ETCS (European train control system) auf der Neubaustrecke Mattstetten–Rothrist. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.
57. *Louis Schelbert* über den konsequenten Vollzug der Gewässerabstände (Nr. 527). Eröffnet 12.9.05, erh. 15.9.06
Das Anliegen wird bei Wasserbauprojekten berücksichtigt. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.
58. *Adrian Borgula* namens der GB-Fraktion über eine Neuausrichtung im Hochwasserschutz (Nr. 528). Eröffnet 12.9.05, erh. 15.9.06
Die Anliegen werden im Rahmen des Konzepts für den Hochwasserschutz an der Kleinen Emme und an der Reuss (B 136 vom 24. März 2006) berücksichtigt. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.
59. *Franz Bucher* und Mit. über einen SBB-Schnellzughalt in Emmenbrücke (Nr. 665). Eröffnet als Motion 27.3.06, erh. als Postulat 15.9.06
Auf das Fahrplanjahr 2009 wird es auf der Linie Luzern–Olten–Basel zu erheblichen Änderungen insbesondere bezüglich Haltepolitik kommen. Wir werden uns bei den SBB weiterhin für einen Schnellzughalt in Emmenbrücke einsetzen.
60. *Guerino Riva* und Mit. über den Doppelspurausbau Rotsee (Nr. 682). Eröffnet 15.5.06, erh. 15.9.06
Die Vernehmlassung zur zukünftigen Entwicklung von Eisenbahnprojekten (ZEB) wird im Frühjahr 2007 stattfinden. Wir rechnen damit, dass der Doppelspurausbau am Rotsee zumindest in den Erweiterungsoptionen des Gesamtwerks Eingang findet. Wir werden uns beim Bund weiterhin dezidiert für den Doppelspurausbau Rotsee einsetzen.
61. *Pius Zängerle* und Mit. über die Planung und das Lobbying für einen durchgehenden Doppelspurausbau der Eisenbahnstrecke Luzern–Rotkreuz bis 2020 (Nr. 683). Eröffnet als Motion 15.5.06, teilw. erh. als Postulat 15.9.06
Wir verweisen auf die Ausführungen zum Postulat Guerino Riva und Mit. (Nr. 682).
62. *Adrian Borgula* und Mit. über den Ausbau der Schieneninfrastruktur (Nr. 688). Eröffnet 15.5.06, erh. 15.9.06
Wir verweisen auf die Ausführungen zum Postulat Guerino Riva und Mit. (Nr. 682).
63. *Herbert Widmer* und Mit. über die Förderung der Anbindung des Kantons Luzern und der Zentralschweiz an das öffentliche Verkehrsnetz (Nr. 690). Eröffnet 16.5.06, erh. 15.9.06
Wir verweisen auf die Ausführungen zum Postulat Guerino Riva und Mit. (Nr. 682).
64. *Heinz Dätwyler* und Mit. über den Ausbau des Schienennetzes am Rotsee auf
-

Doppelspur und die Realisierung der 2. Bahnhofzufahrt ab Fluhmühle und deren Aufnahme ins Finöv-Vorhaben „Zukünftige Entwicklung der Eisenbahnprojekte“ (Nr. 697). Eröffnet 16.5.06, erh. 15.9.06
Wir verweisen auf die Ausführungen zum Postulat Guerino Riva und Mit (Nr. 682).

65. *Franz Bucher* und Mit. über die Überprüfung des Angebots des öffentlichen Verkehrs (Nr. 684). Eröffnet als Motion 14.5.06, erh. als Postulat 7.11.06
Fragestellungen zum Angebot der S-Bahn Luzern werden im Rahmen des laufenden Planungsauftrags „Angebotsentwicklung S-Bahn Luzern“ bearbeitet. Der Schlussbericht wird 2007 vorliegen.

66. *Patrick Graf* und Mit. über die Einrichtung von Busspuren innerorts und Busschleusen/Pförtneranlagen (Nr. 638). Eröffnet als Motion 27.03.06, erh. als Postulat 7.11.06

Der Grosse Rat hat 2006 das Bauprogramm 2007–2010 für die Kantonsstrassen sowie die Änderung des kantonalen Richtplans aufgrund des Agglomerationsprogramms Luzern beschlossen. Wir werden die darin enthaltenen Massnahmen umsetzen. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

67. *Heinz Dätwyler* und Mit. über die zeitgerechte Realisierung des Radroutenkonzeptes 94 nach den Vorgaben gemäss § 83a des Strassengesetzes durch frei werdende Finanzmittel aus dem Strassenbauprojekt Schwanderholzstutz (Nr. 686). Eröffnet 15.5.06, erh. 7.11.06

Die eingesparten Finanzmittel aus dem Strassenprojekt Ausbau des Schwanderholzstutzes sind im Bauprogramm 2007–2010 für die Kantonsstrassen berücksichtigt worden und werden somit auch für den Bau von Radwegen verwendet. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

68. *Hans Aregger* und Mit. über die Anwendung der Vorschriften für die Luftreinhaltung gemäss Vorgabe des Bundes (Nr. 566). Eröffnet als Motion 8.11.05, erh. als Postulat 5.12.06

Zurzeit wird eine gesamtschweizerische Lösung für das Vorgehen zur Reduktion der Partikelemissionen bei Baumaschinen erarbeitet. Der Schweizerische Baumeisterverband (SBV) ist bestrebt, mit dem Bund eine generelle Partikelfilterpflicht für grössere Maschinen auf allen Baustellen in der ganzen Schweiz zu vereinbaren, im Gegenzug zu entlastenden Regelungen bei kleineren Baumaschinen. Die Verhandlungen sind noch im Gang.

69. *Josef Schmidiger* und Mit. über die Errichtung eines Kompetenzzentrums für alternative Energien und nachwachsende Rohstoffe (Nr. 610). Eröffnet 18.1.06, erh. 5.12.06

Ihr Rat hat im Dezember 2006 den Planungsbericht über die Energiepolitik im Kanton Luzern in zustimmendem Sinn zur Kenntnis genommen. Gleichzeitig überwies er darin eine Bemerkung, die festhält, dass das Zentrum «mit sehr hoher Priorität geplant und schnellstmöglich realisiert werden muss». Wir erarbeiten nun ein Konzept, das die Aufgaben, den finanziellen Aufwand und das weitere Vorgehen aufzeigt.

70. *Heidi Frey-Neuenschwander* und Mit. über die Förderung einer möglichst energieautarken Versorgung des Kantons Luzern (Nr. 668). Eröffnet als Motion 27.3.06, erh. als Postulat 5.12.06

Der Weg zu einer nachhaltigen Energieversorgung wurde im Planungsbericht über die Energiepolitik des Kantons Luzern dargestellt. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

71. *Christian Forster* und Mit. über die Unterstützungsanforderungen von Park-and-ride-Anlagen (Nr. 709). Eröffnet 16.6.06, erh. 5.12.06

Das Park-and-ride-Konzept des Kantons Luzern enthält ein Beitragsmodell, das bei neuen Anlagen angewandt wird. Der Kanton fördert P+R-Anlagen weiterhin im Rahmen seiner Möglichkeiten. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

72. *Benjamin Kunz* und Mit. über die Benützung erneuerbarer Energien (Nr. 750). Eröffnet 14.9.06, erh. 5.12.06 (in Verbindung mit dem Finanzdepartement)

Mit dem Planungsbericht über die Energiepolitik des Kantons Luzern werden Ziele und Massnahmen zur Verminderung des Energieverbrauchs und zur Förderung erneuerbarer Energien dargestellt. Wir unterstützen das von den Postulanten vorgebrachte Anliegen.

Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

73. *Jakob Lütolf* über die Überprüfung des Notfallkonzeptes bei zu hoher Feinstaubbelastung (Nr. 826). Eröffnet 4.12.06, erh. 5.12.06

Dem Anliegen des Postulanten wird insofern Rechnung getragen, als das Verbot für land- und forstwirtschaftliche Massnahmen und Fahrzeuge sowie für dieseldetriebene Baumaschinen bei der Interventionsstufe 2 erst ab dem 1. Januar 2010 in Kraft gesetzt wird. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

74. *Karl M. Ronner* und Mit. über die möglichen Fahrverbote für Dieselfahrzeuge in der Land- und Forstwirtschaft (Nr. 827). Eröffnet 4.12.06, erh. 5.12.06

Wir verweisen auf die Ausführungen zum Postulat Jakob Lütolf (Nr. 826). Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

Bildungs- und Kulturdepartement

Motionen

1. *Beat Felder* und Mit. über die Erstellung eines Katasters für schützenswerte Objekte (Nr. 724). Eröffnet 9.9.02, erh. 10.9.02

Wir verweisen auf die Ausführungen zur Motion Beat Ineichen und Mit. über den Einsatz der Denkmalkommission (Nr. 253).

2. *Beat Ineichen* und Mit. über den Einsatz der Denkmalkommission (Nr. 253). Eröffnet 21.6.04, teilw. erh. 30.11.04

Die Rechtsgrundlage für das Bauinventar wird über eine Anpassung des Denkmalschutzgesetzes sowie des Planungs- und Baugesetzes geschaffen. Diese Anpassungen werden nicht – wie ursprünglich vorgesehen – im Rahmen der Finanzreform 08 vorgenommen, jedoch zeitlich parallel dazu. Eine entsprechende Botschaft wird Ihrem Rat voraussichtlich im September 2007 vorgelegt.

3. *Hans Peter Pfister* und Mit. über die zeitgerechte Inventarisierung der Kulturdenkmäler (Nr. 361). Eröffnet 24.1.05, erh. 24.1.05

Wir verweisen auf die Ausführungen zur Motion Beat Ineichen und Mit. über den Einsatz der Denkmalkommission (Nr. 253).

4. *Walter Häcki* namens der SPK über einen Planungsbericht über die lohnwirksame Qualifikation bei den Lehrpersonen (Nr. 431). Eröffnet 2.5.05, erh. 2.5.05

Wir sehen vor, Ihrem Rat den verlangten Planungsbericht 2007 zu unterbreiten.

5. *Marlis Roos* und Mit. über eine Änderung des Volksschulbildungsgesetzes bezüglich Förderung von Tagesschulen (Nr. 352). Eröffnet 30.11.04, erh. 3.5.05

Wir werden die verlangte Regelung für den Besuch von Tagesschulen in andern Gemeinden im Rahmen der nächsten Teilrevision des Gesetzes über die Volksschulbildung berücksichtigen.

6. *Jeannette Chrétien* und Mit. über ein Time-out einer zweiten Fremdsprache auf der Primarschule (sogenanntes Modell 3/5) (Nr. 438). Eröffnet 2.5.05, erh. 3.5.05

Wir haben Ihrem Rat den Planungsbericht über den Fremdsprachenunterricht Mitte November 2006 vorgelegt. Wir beantragen Ihnen, die Motion **abzuschreiben**.

7. *Louis Schelbert* über den kantonalen Baubeitrag an den Gletschergarten (Nr. 454). Eröffnet 20.6.05, teilw. erh. 17.1.06

Nach den kantonalen Investitionsbeiträgen für die Sanierungsarbeiten am Gletschergarten in den Jahren 1994–2002 von insgesamt 900'000 Franken konnte der Kanton – im Rahmen der Sparvorgaben und zusammen mit der Albert Koechlin Stiftung – weitere 300'000 Franken an die Erneuerung des Hauptgebäudes leisten. Die (redimensionierten) Arbeiten sind im Gang, die Finanzierung praktisch sichergestellt. Wir beantragen Ihnen, die Motion **abzuschreiben**.

8. *Albert Vitali* namens der FDP-Fraktion über die Erstellung eines Planungsberichtes zur Berufsschulplanung (Nr. 659). Eröffnet 27.3.06, erh. 27.3.06
Der Planungsbericht zur Berufsfachschulplanung ist in Vorbereitung und wird Ihrem Rat spätestens Ende 2007 vorgelegt werden. Ihr Rat ist mit einer Begleitgruppe an der Zuteilung der Berufe auf die Berufsfachschulzentren beteiligt. In die Lösungsfindung sind zudem alle Ausbildungspartner einbezogen.

Postulate

1. *Ruth Keller* und Mit. über die Elternmitwirkung an der Volksschule (Nr. 511). Eröffnet als Motion 23.10.01, teilw. erh. als Postulat 2.7.02

Wir werden das Anliegen des Postulats in die geplante Teilrevision des Gesetzes über die Volksschulbildung einbeziehen.

2. *Beat Ineichen* und Mit. über die zukünftige Kostentragung für weiterführende Schulen nach der ordentlichen Schulpflicht (Nr. 507). Eröffnet 23.10.01, erh. 21.1.03
Die Finanzierung der Fachmittelschulen und der Wirtschaftsmittelschulen soll im Zusammenhang mit dem neuen Finanzausgleich geregelt werden.

3. *Konrad Vogel* und Mit. über die Behebung der prekären Schulraumsituation im Bereich Sekundarstufe II sowie der Pädagogischen Hochschule im Raum Luzern und Agglomeration (Nr. 660). Eröffnet als Motion 28.5.02, erh. als Postulat 1.4.03

Das Gymnasium St. Klemens führt seit Beginn des Schuljahres 2006/2007 im Auftrag des Kantons maximal zwei Klassenzüge des Kurzzeitgymnasiums. Seither erfolgen bis auf weiteres keine Neuaufnahmen ins Kurzzeitgymnasium der Kantonsschule Luzern. Der geplante neue Standort für Universität und Pädagogische Hochschule Luzern (Postbetriebsgebäude) wird das Kurzzeitgymnasium Musegg künftig ebenfalls entlasten. Damit kann die prekäre Schulraumsituation an den Gymnasien entschärft werden. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

4. *Walter Stucki* und Mit. über die Revision des Gesetzes über den Schutz der Kulturdenkmäler (Nr. 770). Eröffnet als Motion 29.10.02, teilw. erh. als Postulat 1.4.03 (in Verbindung mit dem Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement)

Wir verweisen auf die Ausführungen zur Motion Beat Ineichen und Mit. über den Einsatz der Denkmalkommission (Nr. 253).

5. *Fredy Zwimpfer* und Mit. über eine Ergänzung des Planungs- und Baugesetzes (Nr. 762). Eröffnet als Motion 29.10.02, erh. als Postulat 23.6.03 (in Verbindung mit dem Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement)

Wir verweisen auf die Ausführungen zur Motion Beat Ineichen und Mit. über den Einsatz der Denkmalkommission (Nr. 253).

6. *Pia Hirschi* und Mit. über die Zusammenarbeit aller Ausbildungspartner bei der Reorganisation der Berufsschulen des Kantons Luzern / Schaffung von Kompetenzzentren (Nr. 152). Eröffnet 8.3.04, erh. 9.3.04

Wir verweisen auf die Ausführungen zur Motion Albert Vitali namens der FDP-Fraktion über die Erstellung eines Planungsberichtes zur Berufsschulplanung (Nr. 659).

7. *Gaby Müller* namens der GB-Fraktion über strukturelle Massnahmen bei der PHZ und der FHZ anstelle von Leistungsabbau (BKD19 und 22) (Nr. 175). Eröffnet als Motion 3.5.04, erh. als Postulat 21.6.04

Der Konkordatsrat FHZ hat im Einvernehmen mit dem Konkordatsrat PHZ und dem Universitätsrat den Auftrag erteilt, alternative Modelle für die bestehenden Trägerschafts-, Führungs- und Finanzierungsstrukturen der beiden konkordatär organisierten Hochschulen zu erarbeiten. Diese Überlegungen zum Hochschulplatz Luzern-Zentralschweiz sind auch Teil der Luzerner Reform 06. Aufgrund der Komplexität der Fragestellungen hat die Projektgruppe eine Fristerstreckung beantragt. Erste Zwischenergebnisse werden in der ersten Hälfte des Jahres 2007 erwartet.

8. *Josef Fischer* und Mit. über die Berufsschuloptimierung (Nr. 289). Eröffnet 13.9.04, erh. 14.9.04

Wir verweisen auf die Ausführungen zur Motion Albert Vitali namens der FDP-Fraktion über die Erstellung eines Planungsberichtes zur Berufsschulplanung (Nr. 659).

-
9. *Hans Peter Pfister* und Mit. über das Selbstverständnis der Denkmalpflege (Nr. 254). Eröffnet 21.6.04, teilw. erh. 30.11.04
Wir verweisen auf die Ausführungen zur Motion Beat Ineichen und Mit. über den Einsatz der Denkmalkommission (Nr. 253).
10. *Guido Luternauer* über die Rolle der Luzerner Denkmalpflege (Nr. 316). Eröffnet als Motion 2.11.04, teilw. erh. als Postulat 30.11.04
Die Denkmalpflege bemüht sich im Alltagsgeschäft erfolgreich um frühzeitige und transparente Kommunikation mit betroffenen Eigentümern. Die Erstellung eines Bauinventars wird die Kommunikation zusätzlich unterstützen. Wir verweisen auch auf die Ausführungen zur Motion Beat Ineichen und Mit. über den Einsatz der Denkmalkommission (Nr. 253).
11. *Karl M. Ronner* und Mit. über eine einzige Hochschule Luzern (Nr. 359). Eröffnet 30.11.04, erh. 2.5.05
Wir verweisen auf die Ausführungen zum Postulat Gaby Müller namens der GB-Fraktion über strukturelle Massnahmen bei der PHZ und der FHZ (Nr. 175).
12. *Michael Egli* und Mit. über die Anzahl Studierende an der Universität Luzern, die damit anfallenden Betriebskosten und die Auswirkungen auf die andern Bildungssektoren im Kanton Luzern (Nr. 373). Eröffnet 24.1.05, erh. 2.5.05 (in Verbindung mit dem Finanzdepartement)
Die Fragen zur Universität und zur Wechselwirkung mit anderen Bildungsbereichen wurden eingehend in der Kauf- und Baubotschaft zum Postbetriebsgebäude erläutert, die Ihr Rat am 16. September 2006 genehmigt hat. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.
13. *Ruth Keller* und Mit. über die Entwicklung der PHZ (Nr. 396). Eröffnet 8.3.05, erh. 2.5.05
Wir verweisen auf die Ausführungen zum Postulat Gaby Müller namens der GB-Fraktion über strukturelle Massnahmen bei der PHZ und der FHZ anstelle von Leistungsabbau (Nr. 175).
14. *Louis Schelbert* und Mit. über die Berufsschulplanung (Nr. 377). Eröffnet 24.1.05, erh. 3.5.05
Wir verweisen auf die Ausführungen zur Motion Albert Vitali namens der FDP-Fraktion über die Erstellung eines Planungsberichts zur Berufsschulplanung (Nr. 659).
15. *Rosa Rumi* und Mit. über eine schnelle Planung und Umsetzung des nötigen Baus eines neuen Gymnasiums in der Agglomeration Luzern (Nr. 839). Eröffnet als Motion 17.2.03, erh. als Postulat 17.1.06 (in Verbindung mit dem Finanzdepartement)
Wir verweisen auf die Ausführungen zum Postulat Konrad Vogel und Mit. (Nr. 660). Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.
16. *Thomas Willi* und Mit. über den Instrumental- und Gesangsunterricht an den kantonalen Mittelschulen (Nr. 217). Eröffnet 3.5.04, teilw. erh. 17.1.06
Der Instrumental- und Gesangsunterricht *kann*, wie es das Postulat fordert, bereits heute an die Gemeindemusikschulen delegiert werden. Hingegen besteht aus kantonaler Sicht kein Interesse, den *gesamten* Instrumental- und Gesangsunterricht zu den Gemeinden zu verlagern, weil damit den Kantonsschulen ein Angebot verloren ginge, das die gymnasiale Bildung an der Schule selber wesentlich bereichert. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.
17. *Josef Dissler* und Mit. über die Schaffung einer naturwissenschaftlichen Berufsmaturität in Schüpfheim (Nr. 246). Eröffnet 21.6.04, teilw. erh. 17.1.06
Die Revision der eidgenössischen Berufsmaturitätsverordnung ist für 2007 vorgesehen. Sobald die entsprechenden Vorgaben klar sind, wird das Angebot einer naturwissenschaftlichen Berufsmaturität im Kanton Luzern erneut geprüft.
18. *Esther Schönberger-Schleicher* und Mit. über keinen weiteren Abbau von Lektionen im Bildungsbereich (Nr. 287). Eröffnet als Motion 13.9.04, erh. als Postulat 17.1.06
Wir planen in den nächsten Jahren bis zum Vorliegen des Deutschschweizer Lehrplans
-

für die Volksschule keine Revision der Wochenstundentafeln. Deshalb werden auch keine Lektionen abgebaut. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

19. *Ruth Keller-Haas* und Mit. über ein Konzept für eine Reform des 9. Schuljahres (Nr. 397). Eröffnet als Motion 8.3.05, erh. als Postulat 17.1.06

Wir sehen vor, das St. Galler Testsystem für Leistungsmessungen im Schuljahr 2007/08 in den achten Klassen allgemein einzuführen. Dies bedeutet, dass im neunten Schuljahr auf den Testergebnissen aufgebaut werden kann und die Lernenden individueller gefördert werden können.

20. *Odilo Abgottspon* und Mit. über die finanzielle Unterstützung des Projektes Gletschergarten durch den Kanton Luzern (Nr. 421). Eröffnet 14.3.05, teilw. erh. 17.1.06

Das neue Konzept des Gletschergarten mit einem Neubau (Ice-Cube) ist kurz- und mittelfristig finanziell nicht realisierbar, entspricht nicht den Prioritäten der kantonalen Museumsförderung und der Sparpolitik des Kantons. Projektbezogen kann der Kanton aber im Rahmen der Möglichkeiten der Kulturförderung ideelle und finanzielle Beiträge leisten. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

21. *Odilo Abgottspon* und Mit. über die Gleichbehandlung aller Luzerner Museen (Nr. 422). Eröffnet 14.3.05, teilw. erh. 17.1.06

Pauschale Abgeltungen für Gratiseintritte von Schulklassen sind weder sinnvoll noch finanziell möglich, hingegen werden gezielte museumspädagogische Angebote von den Schulen und/oder dem Bildungs- und Kulturdepartement finanziell unterstützt (siehe Museumsförderungskonzept des Kantons). Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

22. *Louis Schelbert* und Mit. über die volkswirtschaftliche Bedeutung der Hochschulen für den Kanton Luzern (Nr. 472). Eröffnet 27.6.05, erh. 17.1.06

Die geforderte Studie über die volkswirtschaftliche Bedeutung der Hochschulen für den Kanton Luzern wurde durch das Bildungs- und Kulturdepartement bei der Universität St. Gallen in Auftrag gegeben und lag im August 2006 vor. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

23. *Armin Steiner* und Mit. über die genügende Anzahl von Pilotklassen im Projekt Basisstufe (Nr. 590). Eröffnet 6.12.05, teilw. erh. 17.1.06

Auf Beginn des nächsten Schuljahres werden nochmals acht Pilotklassen aus den Gemeinden Emmen und Luzern ins Projekt „Basisstufe“ einsteigen. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

24. *Felicitas Zopfi-Gassner* und Mit. über die Ausweitung des Pilotversuchs Basisstufe auf die Agglomeration (Nr. 592). Eröffnet 6.12.05, teilw. erh. 17.1.06

Wir verweisen auf die Ausführungen zum Postulat Armin Steiner und Mit. (Nr. 590). Wir beantragen, das Postulat **abzuschreiben**.

25. *Herbert Widmer* und Mit. über die Förderung internationaler Schulangebote im Kanton Luzern (Nr. 541). Eröffnet als Motion 13.9.05, erh. als Postulat 18.1.06

Auf Beginn des Schuljahres 2006/07 ist die Internationale Schule Luzern in Horw mit zwei Klassen im Vorschul- und Primarbereich gestartet. Ein schrittweiser Ausbau des Angebots ist geplant. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

26. *Karl M. Ronner* und Mit. über die Verselbständigung der FHZ (Nr. 423). Eröffnet 14.3.05, erh. 14.2.06

Wir verweisen auf die Ausführungen zum Postulat Gaby Müller namens der GB-Fraktion über strukturelle Massnahmen bei der PHZ und der FHZ anstelle von Leistungsabbau (Nr. 175).

27. *Urs Thumm* und Mit. über die Realisation des Sportkonzeptes des Kantons Luzern (Nr. 424). Eröffnet 14.3.05, erh. 14.2.06

Es ist die Aufgabe der neu gewählten Sportkommission, Massnahmen zu erarbeiten, die zur Realisierung des sportpolitischen Konzepts notwendig sind. Entsprechende Vorschläge werden dem Bildungs- und Kulturdepartement zusammen mit der Definition der notwendigen Ressourcen und Umsetzungsschritte im Verlauf des Jahres 2007 vorgelegt.

28. *Ruth Keller-Haas* und Mit. über eine Hochschule Luzern (Nr. 480). Eröffnet als Motion 27.6.05, erh. als Postulat 14.2.06

Wir verweisen auf die Ausführungen zum Postulat Gaby Müller namens der GB-Fraktion über strukturelle Massnahmen bei der PHZ und der FHZ anstelle von Leistungsabbau (Nr. 175).

29. *Patrick Meier* und Mit. über einen Planungsstopp für die Berufsbildung (Nr. 591). Eröffnet 6.12.05, erh. 27.3.06

Wir verweisen auf die Ausführungen zur Motion Albert Vitali namens der FDP-Fraktion über die Erstellung eines Planungsberichts zur Berufsschulplanung (Nr. 659).

30. *Esther Schönberger-Schleicher* und Mit. über die Änderung des Volksschulbildungsgesetzes (Nr. 603). Eröffnet als Motion 17.1.06, erh. als Postulat 27.3.06

Wir werden die Anliegen des Postulats in die geplante Revision des Gesetzes über die Volksschulbildung einbeziehen.

31. *Franz Wüest* und Mit. über die Änderung der Berufsschulplanung (Nr. 606). Eröffnet 18.1.06, erh. 27.3.06

Wir verweisen auf die Ausführungen zur Motion Albert Vitali namens der FDP-Fraktion über die Erstellung eines Planungsberichts zur Berufsschulplanung (Nr. 659).

32. *Max Vogel* und Mit. über das Projekt „Smart“ der Berufsschulplanung (Nr. 615). Eröffnet 13.2.06, erh. 27.3.06

Wir verweisen auf die Ausführungen zur Motion Albert Vitali namens der FDP-Fraktion über die Erstellung eines Planungsberichts zur Berufsschulplanung (Nr. 659).

33. *Hans Aregger* und Mit. über die Änderung der Berufsschulplanung betreffend die Maurerberufe (Nr. 660). Eröffnet 27.3.06, erh. 27.3.06

Wir verweisen auf die Ausführungen zur Motion Albert Vitali namens der FDP-Fraktion über die Erstellung eines Planungsberichts zur Berufsschulplanung (Nr. 659).

34. *Odilo Abgottspon* und Mit. über eine Pädagogische Hochschule in der Zentralschweiz (Nr. 626). Eröffnet 14.2.06, erh. 27.6.06

Wir verweisen auf die Ausführungen zum Postulat Gaby Müller namens der GB-Fraktion über strukturelle Massnahmen bei der PHZ und der FHZ anstelle von Leistungsabbau (Nr. 175).

35. *Josef Roos* und Mit. über den Einbezug der Berufsschulen und Berufsverbände in das Projekt „Schule mit Zukunft“ (Nr. 652). Eröffnet 27.3.06, teilw. erh. 15.9.06

Das Anliegen des Postulats wird im Projekt „Schulen mit Zukunft“ berücksichtigt, soweit die Arbeiten kantonal gesteuert werden. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

36. *Trix Dettling Schwarz* und Mit. über die Förderung von Tagesschulen sowie schul- und familienergänzenden Betreuungsmassnahmen (Nr. 656). Eröffnet 27.3.06; teilw. erh. 15.9.06

Wir werden das Anliegen des Postulats bei der geplanten Revision des Gesetzes über die Volksschulbildung berücksichtigen.

Motionen

1. *Paul Steiner* und Mit. über eine Revision des Finanzhaushaltgesetzes (Nr. 258).
Eröffnet 3.12.96, erh. 1.7.97

Die Anpassung des öffentlichen Rechnungswesens ist auf gesamtschweizerischer Ebene im Gange. Die Finanzdirektorenkonferenz hat einer Projektorganisation den Auftrag erteilt, Neuerungen und Anpassungen im öffentlichen Rechnungswesen zu prüfen und ein neues Handbuch sowie ein Mustergesetz zu entwerfen (HRM 2). Die Projektorganisation hat mittlerweile ihre Arbeiten abgeschlossen. Es ist geplant, die Dokumente der Finanzdirektorenkonferenz Ende September 2007 zur definitiven Verabschiedung zuzuleiten. Das Handbuch dürfte in der Folge in gedruckter Form oder auf dem Internet allen Kantonen auf das Jahr 2008 hin zur Verfügung stehen. Wir können Ihrem Rat eine Botschaft somit voraussichtlich auf das Jahr 2010 zuleiten. Wir nehmen an, dass das HRM 2 mit seinen grundlegenden Änderungen im Staatshaushalt frühestens 2012 angewendet werden kann. Auf der Ebene der Gemeinden sind eine entsprechende Anpassung der Normen und die Umstellung frühestens gegen Mitte des nächsten Jahrzehnts denkbar. Die Gemeinden führen vorerst bis 2009 die Kostenrechnung ein. Auch der Bund befasst sich mit einer Reorganisation seines Rechnungswesens. Unter diesen Umständen halten wir es nicht für angebracht, im gegenwärtigen Zeitpunkt eine Revision des kantonalen Finanzhaushaltgesetzes einzuleiten. Wir wollen vorerst die Ergebnisse der gesamtschweizerischen Anpassungsarbeiten und die Erfahrungsauswertung der revidierten Gemeindefinanzvorschriften abwarten. Wir werden die Revisionsarbeiten nach Vorliegen des Handbuchs HRM 2 ab 2008 an die Hand nehmen.

2. *Herbert Widmer* und Mit. über eine Revision des Finanzhaushaltgesetzes (Nr. 55).
Eröffnet 9.9.03, erh. 9.3.04

Wir verweisen auf unsere Ausführungen zur Motion Paul Steiner und Mit. über eine Revision des Finanzhaushaltgesetzes (Nr. 258).

3. *Hans Aregger* und Mit. über die Beibehaltung des bisherigen Lohnausweises (Nr. 365). Eröffnet 24.1.05, erh. 24.1.05

Wir haben Ihrem Rat gemäss Auftrag im Vorstoss am 23. August 2005 die Botschaft B 109 über den neuen Lohnausweis unterbreitet. In unserer Antwort auf die Anfrage Hans Aregger und Mit. zum neuen Lohnausweis (Nr. 737) vom 11. September 2006 haben wir ferner entschieden, den neuen Lohnausweis im Kanton Luzern auf 2007 nicht einzuführen. Reichen Unternehmen jedoch bereits den neuen Lohnausweis ein, werden wir dies akzeptieren. Für das Jahr 2008 werden wir im Verlauf des Jahres 2007 entscheiden. Wir beantragen Ihnen, die Motion **abzuschreiben**.

4. *Patrick Graf* und Mit. über einen weniger fusionshemmenden kantonalen Finanzausgleich (Nr. 441). Eröffnet 3.5.05, erh. 28.6.05 (in Verbindung mit dem Justiz- und Sicherheitsdepartement)

Wir haben Ihrem Rat am 6. September 2005 den Planungsbericht über die Wirkungen und die Zielerreichung des Finanzausgleichs (B 111, Wirkungsbericht 2005) zugeleitet. Sie haben von diesem Planungsbericht in der Session vom 5. und 6. Dezember 2005 zustimmend Kenntnis genommen. Zusätzlich haben Sie acht Bemerkungen überwiesen. Entsprechend Ihrem Auftrag haben wir im Zusammenhang mit der Umsetzung der Finanzreform 08 die Umsetzung des Wirkungsberichts Finanzausgleich an die Hand genommen. Die Botschaft zur Revision des Finanzausgleichsgesetzes soll im März 2007 verabschiedet werden. Sie folgt im Bereich des Ressourcenvergleichs der Stossrichtung, die Sie mit dem Wirkungsbericht angeregt haben und die weniger fusionshemmend ist. Zusätzlich werden auch die anderen Anliegen des Wirkungsberichts aufgenommen und zum grössten Teil umgesetzt. Bei einer Annahme der Revision des Finanzausgleichsgesetzes kann die Änderung auf den 1. Januar 2009 in Kraft treten. Wir beantragen Ihnen, die Motion **abzuschreiben**.

5. *Leo Müller* und Mit. über den Einsatz der Mittel aus der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (Nr. 418). Eröffnet 14.3.05, erh. 17.1.06

Der Motionär fordert ein Gesamtkonzept über die Verwendung der Mittel, die dem Kanton Luzern mit der NFA zusätzlich zufließen sollen. Wir beabsichtigen, Ihnen im

März 2007 die Botschaft mit unseren Anträgen zur Finanzreform 08 zu unterbreitet. Von den für den Kanton Luzern zu erwartenden zusätzlichen Mitteln aus der NFA sollen 20 Millionen Franken im Sinne einer „positiven Haushaltneutralität“ den Gemeinden zukommen. Diese Mittel erlauben, die Wirkungen der Änderungen für die meisten Gemeinden finanzneutral oder finanziell positiv zu gestalten. Bei den für das Strassenwesen zu verwendenden Mitteln ergeben sich relativ wenige Änderungen. Wohl fällt für den Kanton Luzern durch die Übernahme der Nationalstrassen durch den Bund ein wesentlicher Aufgabenbereich weg. Andererseits erleidet die Strassenrechnung des Kantons Luzern aber auch Einnahmefälle durch den neuen Verteilungsschlüssel der Mineralölsteuererträge des Bundes an die Kantone und durch die Reduktion des Kantonsanteils an der Mineralölsteuer von 12 auf 10 Prozent. Insgesamt erfährt die Strassenrechnung des Kantons Luzern durch die bundesrechtlichen Änderungen nicht die in der Botschaft B 83 erwähnte Entlastung von 20 Millionen Franken, sondern eine solche von wenigen Millionen Franken, die wir angesichts der vielen anstehenden Projekte in der Strassenrechnung lassen wollen. Somit verbleibt der überwiegende Teil der von der NFA erwarteten zusätzlichen Mittel der allgemeinen Staatsrechnung und kann für die Finanzierung der Kosten der Steuergesetzrevision 2008 verwendet werden. Dies trifft wegen ihres Anteils von 20 Millionen Franken aus dem NFA-Mehrertrag („positive Haushaltneutralität“) auch für die Gemeinden zu. Wir beantragen Ihnen, die Motion **abzuschreiben**.

6. *Peter Schilliger* und Mit. über die Neugestaltung der Zielwerte für das Finanzleitbild des Kantons Luzern (Nr. 419). Eröffnet 14.3.05, erh. 18.1.06

Wir haben Ihrem Rat im Frühjahr 2006 das überarbeitete Finanzleitbild 06 in Form eines separaten Planungsberichts unterbreitet. Sie haben am 19. Juni 2006 vom Planungsbericht über das Finanzleitbild 06 in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen. Wir beantragen Ihnen, die Motion **abzuschreiben**.

7. *Michael Egli* und Mit. über die Einführung des obligatorischen Grundsatzes der vollen Kostendeckung von Leistungen mit ausserkantonalen Bezüglern (Nr. 488). Eröffnet 28.6.05, erh. 18.1.06

Die Motion verlangt eine volle Kostendeckung von Leistungen mit ausserkantonalen Bezüglern. Zu diesem Zweck sollen so weit als möglich Konkordate und interkantonale Vereinbarungen überprüft, gekündigt oder angepasst werden. Die Kantone haben im Rahmen der NFA die interkantonale Rahmenvereinbarung über die Zusammenarbeit mit Lastenausgleich (IRV) abgeschlossen. Dieser Vereinbarung sind mittlerweile 19 Kantone beigetreten, sodass sie zustande gekommen ist. Auf jeden Fall ist zu erwarten, dass die Vereinbarung auf den 1. Januar 2008 in Kraft gesetzt wird. Mit der NFA beziehungsweise der interkantonalen Rahmenvereinbarung werden die Grundlagen geschaffen, um die interkantonalen Lastenausgleichszahlungen in neun Aufgabenbereichen neu zu regeln. Es handelt sich um für Luzern ebenfalls wichtige Bereiche wie Universität, Fachhochschulen, Gesundheit, Kultur und Agglomerationsverkehr. Weniger bedeutsam sind die Bereiche der Abfallverwertung und Kehrichtverbrennung und des Gewässerschutzes sowie des Straf- und Massnahmenvollzugs. Wegen der Kantonalisierung einer bisher weitgehend vom Bund mitfinanzierten Aufgabe (IV-Heime) wird auch dieser Bereich der interkantonalen Zusammenarbeit vermehrte Bedeutung erhalten. In der interkantonalen Rahmenvereinbarung, der Ihr Rat am 15. Mai 2006 zugestimmt hat, sind die Einzelheiten der interkantonalen Lastenabgeltungen relativ genau geregelt. Es gibt die Modelle der gemeinsamen Trägerschaft und des Leistungskaufs. Hauptsächlich angesprochen ist in der Motion die Form des Leistungskaufs. Die Abgeltungen müssen nach Art. 25 der IRV aufgrund einer Kosten- und Leistungsrechnung berechnet werden. Alle an einem Vertrag beteiligten Kantone legen die Anforderungen an diese Kosten- und Leistungsrechnung fest. Nach Art. 26 müssen die beteiligten Kantone auch eine Kosten- und Nutzenbilanz erstellen. Gemäss Art. 28 gelten folgende Kriterien für die Abgeltung:

- Ausgangslage für die Bestimmung der Abgeltung bilden die durchschnittlichen Vollkosten.
 - Die Abgeltung erfolgt ergebnisorientiert und richtet sich nach der effektiven Beanspruchung der Leistungen.
 - Weitere Kriterien bei der Festlegung der Abgeltung sind:
 - a. eingeräumte oder beanspruchte Mitsprache- und Mitwirkungsrechte,
 - b. der gewährte Zugang zum Leistungsangebot,
 - c. erhebliche Standortvorteile und -nachteile im Zusammenhang mit der Leistungserbringung und dem Leistungsbezug,
 - d. Transparenz des Kostennachweises,
 - e. Wirtschaftlichkeit der Leistungserstellung.
-

Mit der IRV ist es nicht möglich, den nutzniessenden Kantonen, mindestens in den in Art. 48a der Bundesverfassung aufgezählten Bereichen der interkantonalen Zusammenarbeit, einfach unbesehen die Vollkosten zu verrechnen. Ferner ist zu berücksichtigen, dass der Kanton Luzern in einigen der erwähnten Bereiche und darüber hinaus in zusätzlichen Bereichen (wie im Fachschulbereich) in gesamtschweizerische Vereinbarungen eingebunden ist, wo die Abgeltungsregelung ohnehin nach Prinzipien ausgehandelt wird, welche der Kanton Luzern nicht einseitig bestimmen kann. Es ist auch nicht immer im vollen Interesse des Kantons Luzern, selbst überall die Vollkosten bezahlen zu müssen, könnte doch dies beispielsweise im Bereich der universitären Ausbildung in teuren ausserkantonalen Studiengängen sehr kostspielig werden (zum Beispiel im Medizinbereich). Im Sinne der Motion werden wir Schritt für Schritt die interkantonalen Vereinbarungen überprüfen. Diese Überprüfung ist mit dem Inkrafttreten der NFA ohnehin gesamtschweizerisch im Gange (z.B. IUV, Fachhochschulvereinbarung, IVSE). Mit unserer neuen strategischen Ausrichtung nach der Nordwestschweiz und Zürich sind wir auch bemüht, allenfalls neue Vertragspartner zu finden, die gleich gross oder grösser und damit stärker sind als der Kanton Luzern, mit denen wir bei gemeinsamen Einrichtungen allenfalls profitieren können.

8. *Guido Graf* und Mit. über eine finanzielle Beteiligung an einer Erweiterung des Stadions Allmend (Nr. 600). Eröffnet 16.1.06, erh. 27.6.06 (in Verbindung mit dem Bildungs- und Kulturdepartement)

Wir haben der Stadt Luzern mitgeteilt, dass der Bau einer Turnhalle beim Stadion Allmend für den Sportbetrieb der PHZ Luzern und der Universität Luzern den Bedürfnissen des Kantons Luzern sehr entgegenkommen würde und dass der Kanton bereit ist, einen Beitrag von rund 10 Millionen Franken, unter anderem aus Lotterie- und Sporttogeldern, an den Bau des Stadions Allmend zu leisten. Wir werden Ihnen zu gegebener Zeit den Entwurf eines Dekrets für den Bau oder den Betrieb der Turnhalle unterbreiten. Über die Verwendung der Mittel der Sporttoto- und Lotteriegelder entscheidet unser Rat in eigener Kompetenz.

9. *Anton Kunz* und Mit. über eine Änderung des Handänderungsgesetzes (Nr. 714). Eröffnet 27.6.06, teilw. erh. 15.9.06.

Der Vorstoss ist von Ihrem Rat entsprechend unserem Antrag teilweise erheblich erklärt worden. Bei Rechtsgeschäften unter unabhängigen Dritten soll der subsidiäre Handänderungswert (§ 7 Abs. 2 HStG) nicht mehr als Berechnungsgrundlage für die Handänderungssteuer dienen. Wir werden das Anliegen in der nächsten Teilrevision des Steuergesetzes oder des Handänderungssteuergesetzes umsetzen.

Postulate

1. *Otto Elmiger* und Mit. über den Verkauf von Wertschriften aus dem Portefeuille des Verwaltungsvermögens (Nr. 223). Eröffnet 24.10.2000, teilw. erh. 20.11.01

Wir halten unverändert an der im Projekt Luzern '99 definierten Strategie fest, nicht mehr benötigte Beteiligungen zu verkaufen. In den letzten Jahren haben wir mit Erfolg grössere Beteiligungen verkauft oder reduziert. Wir haben unsere Beteiligung an der Luzerner Kantonalbank anlässlich der Teilprivatisierung (Secondary public offering SPO) markant reduziert und seither über eine Umtauschanleihe und Verkäufe weitere Aktien im Markt platziert. Wir haben im Dezember 2004 die Aktien der Erdgas Zentralschweiz AG verkauft. Als Massnahme aus der Reform 06 werden wir Ihrem Rat die Entwidmung der CKW-Beteiligung beantragen. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

2. *Louis Schelbert* und Mit. über die Errichtung eines zentralen Steuerregisters innerhalb der kantonalen Verwaltung (Nr. 445). Eröffnet als Motion 3.7.01, teilw. erh. als Postulat 20.11.01

Seit Ende 2003 sind alle Gemeinden an der Datendrehscheibe angeschlossen. Heute können wir verschiedene Meldungen elektronisch austauschen. Auch die rechtlichen Grundlagen für die Speicherung von Steuerdaten im Datenpool haben wir mit dem Informatikgesetz geschaffen. Das Anliegen des Vorstosses selbst haben wir in die Botschaft B 141 zur Änderung des Steuergesetzes (Teilrevision 2008) aufgenommen und setzen es im Rahmen der Reform 06 um.

3. *Odilo Abgotzpon* und Mit. über die Schaffung von gesetzlichen Grundlagen für die Abgeltung von zentralörtlichen Leistungen des Kantons Luzern (Nr. 703). Eröffnet 2.7.02, erh. 29.10.02

Wir verweisen auf unsere Darlegungen zur Motion Michael Egli und Mit. über die Einführung des obligatorischen Grundsatzes der Vollkostendeckung von Leistungen mit ausserkantonalen Bezügen (Nr. 488).

4. *Guido Graf* und Mit. über Sofortmassnahmen im Zusammenhang mit dem neuen Gesetz über den Finanzausgleich (Nr. 790). Eröffnet 26.11.02, teilw. erh. 23.6.03

Wir haben Ihrem Rat im Herbst 2005 mit einem Planungsbericht (B 111) den ersten Wirkungsbericht zum neuen Finanzausgleich unterbreitet. Sie haben den Wirkungsbericht in der Dezember-Session 2005 behandelt. Ihr Rat hat dabei acht Bemerkungen überwiesen. Entsprechend Ihren Bemerkungen zum Wirkungsbericht haben wir die Teilrevision des Finanzausgleichsgesetzes an die Hand genommen. Wir verweisen Sie dazu auf unsere Bemerkungen zur Motion Patrick Graf und Mit. über einen weniger fusionshemmenden kantonalen Finanzausgleich (Nr. 441). Unsere Botschaft zu den Änderungen des Finanzausgleichsgesetzes werden wir Ihnen im März 2007 zuleiten. Falls Ihr Rat zustimmt, können die Änderungen auf den 1. Januar 2009 in Kraft gesetzt werden. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

5. *Leo Müller* und Mit. über die Neugestaltung von heute strukturhemmenden Steuern (Nr. 269). Eröffnet als Motion 21.11.2000, erh. als Postulat 28.10.03

Die im Postulat formulierten Forderungen decken sich weitgehend mit der Unternehmenssteuerreform II des Bundes. Wir haben das Anliegen in der Botschaft B 141 zur Änderung des Steuergesetzes (Teilrevision 2008) aufgegriffen, dort jedoch zurückgestellt, weil die Vorgaben des Bundesrechts bei Verabschiedung dieser Teilrevision noch nicht definitiv vorlagen. Die kantonale Anschlussgesetzgebung kann deshalb sinnvollerweise erst in einer nächsten Teilrevision erfolgen.

6. *Peter Lerch* und Mit. über Richtlinien zur Verwendung der Lotterierträge (Nr. 332). Eröffnet 3.11.04, teilw. erh. 25.1.05.

Der Kanton Luzern ist der interkantonalen Vereinbarung über die Aufsicht sowie die Bewilligung und Ertragsverwendung von interkantonal oder gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien beigetreten. Die Vereinbarung ist am 1. Juli 2006 in Kraft getreten. Mit der Vereinbarung werden die Kantone verpflichtet, Transparenz in die Verteilung der Mittel der kantonalen Lotterie- und Wettfonds zu bringen, indem sie Verteilinstanzen, Verteilkriterien und Offenlegung der Mittelverwendung in kantonalen Erlassen regeln. Der Grosse Rat und der Regierungsrat haben dies mit der Revision des Lotteriegesetzes im September 2006 und mit den zwei dazugehörigen Verordnungen (neue Lotteriegeldderordnung, revidierte Lotterieverordnung) getan. Gesetz und Verordnung sind am 1. Januar 2007 in Kraft treten. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

7. *Daniela Kiener* und Mit. über zukunftsorientierte Veloabstellplätze für die Universität Luzern (Nr. 122). Eröffnet: 20.1.04, teilw. erh. 2.5.05

Wir haben zusammen mit der Stadt Luzern die Situation des Veloverkehrs im Bereich des Bahnhofs im Zusammenhang mit der Umnutzung des Postbetriebsgebäudes analysiert. Die Machbarkeitsstudie sieht eine Entflechtung des Veloverkehrs mit der Nutzung des Posttunnels zusammen mit der bestehenden Gleisunterführung ab der Zentralstrasse bis zum Postbetriebsgebäude vor. Die Verhandlungen über die Nutzung des Posttunnels mit der Post, den SBB und der Stadt Luzern sind noch im Gange. Im Bauprogramm 2007 bis 2010 haben wir für das Projekt einen Betrag eingestellt. Ein weiterer Betrag ist im Sonderkredit für den Kauf und den Umbau des Postbetriebsgebäudes beim Bahnhof Luzern für die Universität Luzern und die PHZ Luzern (B 150) enthalten. Der Finanzierungsschlüssel ist mit der Stadt Luzern und den SBB noch definitiv zu bereinigen. Für die Nutzung des Postbetriebsgebäudes als Schulgebäude sind genügend Velo- und Mofa-Abstellplätze auf dem Grundstück des Postbetriebsgebäudes geplant.

8. *Herbert Widmer* und Mit. über eine optimale Nutzung des Postbetriebsgebäudes Luzern bei einer eventuellen Übernahme (Nr. 346). Eröffnet 30.11.04, erh. 2.5.05 (in Verbindung mit dem Bildungs- und Kulturdepartement)

Am 11. September 2006 haben Sie dem Kauf und Umbau des Postbetriebsgebäudes zugestimmt und den Kredit von 143,85 Millionen Franken bewilligt. Am 26. November 2006 haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger des Kantons Luzern dem Projekt für den Kauf und Umbau des Postbetriebsgebäudes mit einem Ja-Anteil von mehr als 80 Prozent ebenfalls zugestimmt. In der Botschaft B 88 haben wir Ihnen das Konzept für die Nutzung des Postbetriebsgebäudes Luzern detailliert dargestellt. Das Konzept nutzt die

vorhandenen Flächen optimal und löst die Raumprobleme der Universität Luzern. Rund die Hälfte der Hauptnutzflächen der Pädagogischen Hochschule Luzern können ebenfalls im Postbetriebsgebäude realisiert werden. Dank der Entlastung des Schulgebäudes Musegg/Fluhmatt durch die Pädagogische Hochschule Luzern können rund 200 Schülerinnen und Schüler der Kantonsschule Luzern in das Schulgebäude Musegg/Fluhmatt verschoben werden. Damit werden die Raumprobleme an der Kantonsschule entschärft. Auf die Miete oder den Bau eines weiteren Schulgebäudes in der Agglomeration Luzern kann verzichtet werden. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

9. *Konrad Graber* über einen KMU-freundlichen neuen Lohnausweis (5-Minuten-Lohnausweis) (Nr. 382). Eröffnet 7.3.05, erh. 21.6.05

Wir haben Ihrem Rat am 23. August 2005 den Bericht B 109 über den neuen Lohnausweis unterbreitet. In unserer Antwort auf die Anfrage Hans Aregger und Mit. zum neuen Lohnausweis (Nr. 737) vom 11. September 2006 haben wir ferner eröffnet, den neuen Lohnausweis im Kanton Luzern nicht schon auf 2007 einzuführen. Reichen Unternehmen bereits den neuen Lohnausweis ein, werden wir das akzeptieren. Über das Vorgehen für das Jahr 2008 werden wir im Verlauf des Jahres 2007 entscheiden. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

10. *Louis Schelbert* und Mit. über die Liegenschaftspolitik des Kantons Luzern (Nr. 303). Eröffnet als Motion 14.9.04, erh. als Postulat 13.9.05

Wir erarbeiten die Grundlagen für eine gesamtheitliche Betrachtung und Bewirtschaftung aller Liegenschaften des Kantons Luzern mit hoher Priorität. Wir berücksichtigen dabei die finanzpolitischen, volkswirtschaftlichen, planerischen und baulichen Aspekte. Die Instrumente für die Einführung der Liegenschaftsbuchhaltung und die Umstellung von der Marktmiete zur Kostenmiete haben wir verabschiedet. Parallel dazu bauen wir ein Benchmarking auf. Wir gehen nach wie vor davon aus, dass wir Ihnen erstmals mit der Staatsrechnung 2007 unser Liegenschaftsportfolio mit aktuellen Kennzahlen und Informationen unterbreiten können.

11. *Ruth Fuchs-Scheuber* namens der GASK über die transparente Darstellung der Mietzinse, der Rückstellungen für Ersatzinvestitionen, der Unterhaltskosten und der Mehrjahresplanung für Neuinvestitionen beim Voranschlag, bei der Staatsrechnung und beim IFAP (Nr. 457). Eröffnet: 20.6.05, erh. 8.11.05

Wir haben Ihnen im Voranschlag 2007, aber auch bereits in den früheren Voranschlägen, die Investitionen in Unterhalt und Neu- und Umbauten detailliert dargestellt. Auch im Integrierten Finanz- und Aufgabenplan IFAP 2007–2011 haben wir neu die grossen baulichen Investitionsvorhaben einzeln aufgeführt und die wesentlichen Projektverzichte und Projektverschiebungen aufgrund der knappen finanziellen Ressourcen in einer transparenten Übersicht dargestellt. Wir haben zudem das Amt für Hochbauten und Immobilien beauftragt, eine Liegenschaftsbuchhaltung einzuführen. Wir sehen vor, erstmals mit der Staatsrechnung 2007 unser Liegenschaftsportfolio mit aktuellen Kennzahlen und Informationen zu unterbreiten. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

12. *Adrian Borgula* und Mit. über eine effektivere Förderung des Baustoffs Holz bei kantonalen Bauten (Nr. 449). Eröffnet 3.5.05, erh. 17.1.06 (in Verbindung mit dem Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement)

Wir unterstützen die Förderung von Holz bei kantonalen Bauten im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten und setzen den Holzförderungsartikel des Waldgesetzes um. Wir haben Richtlinien für die Evaluation von Holz bei Bauprojekten und die Umsetzung von Holzprojekten zusammen mit Fachleuten aus der Holzbranche erarbeitet und eingeführt. Übergeordnet ist für die Vergabe von Dienstleistungen und Bauleistungen das Gesetz über die öffentlichen Beschaffungen massgebend. Wir verfügen damit über die notwendigen Grundlagen für eine effektive Förderung des Baustoffes Holz bei kantonalen Bauten. Die Erarbeitung weiterer Richtlinien oder ein zusätzlicher Planungsbericht sind nicht notwendig. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

13. *Guido Müller* und Mit. über die Ausweisung der Kostendeckungsgrade und die Entwicklung der Gebühren in der Staatsrechnung und im Budget (Nr. 498). Eröffnet als Motion 12.9.05, erh. als Postulat 18.1.06

Die Staatsrechnung und der Voranschlag enthalten für jede Dienststelle die Globalbudgets je Leistungsgruppe (§ 7a Finanzhaushaltsgesetz). Die Leistungsgruppe (Verdichtung von Leistungen und Teilleistungen) ist somit die feinste Verdichtungsstufe, auf der finanzielle Daten gegen aussen veröffentlicht werden. Die Kostendeckungsgrade für Gebüh-

ren messen wir auf Stufe Leistung oder Teilleistung. Leistungen und Teilleistungen sind Bestandteil des betrieblichen Kreislaufes. Mit der Präsentation der Kostendeckungsgrade je Gebühr in der Staatsrechnung würden die politischen und betrieblichen Führungsinstrumente vermischt. Wir lehnen deshalb eine lückenlose Darstellung der Entwicklung der Gebühren und der Kostendeckungsgrade ab. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

14. *Guido Müller* und Mit. über eine gesetzeskonforme Festlegung von Gebühren (Nr. 499). Eröffnet 12.9.05, teilw. erh. 18.1.06 (in Verbindung mit dem Justiz- und Sicherheitsdepartement)

Das Strassenverkehrsamt hat 2006 Gebühren im Umfang von rund 1,25 Millionen Franken gesenkt. Für 2007 sind die Gebühren nochmals angepasst worden, so dass mit Mindereinnahmen von 0,5 Millionen Franken gerechnet wird. Der Kostendeckungsgrad des Strassenverkehrsamts wird von 144,2 Prozent (Ist 2005) auf 123,0 Prozent (Voranschlag 2007) gesenkt. In diesem Kostendeckungsgrad sind keine Kosten für zentrale Dienstleistungen/Overheadkosten und kalkulatorischen Kosten verrechnet. Weiter wird die Einführung der Kostenmiete (mit Voranschlag 2008) den Kostendeckungsgrad des Strassenverkehrsamts weiter reduzieren. Wir gehen davon aus, dass das Strassenverkehrsamt aufgrund der in den letzten Jahren getätigten Investitionen (für Ausbau und Sanierungen) eine höhere Kostenmiete bezahlen wird, als dies heute mit der Marktmiete der Fall ist. Mit den zunehmend besseren Informationen über die Vollkosten und der deutlich verbesserten Kostentransparenz werden wir auch die Gebührensätze für Leistungen des Staates zunehmend besser kontrollieren können. Wir erachten es als Daueraufgabe, die Gebühren fallweise zu überprüfen und bei Bedarf anzupassen. Je besser wir die effektiven Kosten pro Dienstleistung kennen, desto besser können wir die Gebühren den Grundsätzen gemäss festsetzen. Grundsätzlich wollen wir keine Gebühren erheben, die den Deckungsgrad von 100 Prozent der gesamten Vollkosten übersteigen. Im Weiteren verweisen wir auf unsere Ausführungen zum Postulat Guido Müller und Mit. über die Ausweisung der Kostendeckungsgrade und die Entwicklung der Gebühren in der Staatsrechnung und im Budget (Nr. 498). Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

15. *Karl M. Ronner* und Mit. über die Gleichberechtigung von Firmen bei Neuinvestitionen in Sachen Steuern (Nr. 549). Eröffnet 7.11.05, erh. 27.3.06 (in Verbindung mit dem Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement)

Mit der Teilrevision 2008 des Steuergesetzes wird ab 2010 die Gewinnsteuer um 25 Prozent und die Kapitalsteuer für das steuerbare Eigenkapital bis fünf Millionen Franken um 50 Prozent verringert. Von diesen beiden Massnahmen werden alle Unternehmen gleichermassen profitieren. Zusätzlich wird ab 2009 die Vermögenssteuer halbiert, was den Unternehmerinnen und Unternehmern erlauben wird, möglichst viel Kapital im Unternehmen zu behalten. Neben diesen steuerlichen Massnahmen haben wir Ihrem Rat am 7. Dezember 2004 mit der Botschaft B 77 den Planungsbericht über die administrative Entlastung der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) unterbreitet. Mit den darin vorgesehenen Massnahmen haben wir eine Entlastung der KMU erreicht und verfolgen diese weiter. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

16. *Walter Stucki* und Mit. über die Abschaffung der Liegenschaftssteuer (Nr. 482). Eröffnet 28.6.05, erh. 20.6.06

Sie haben uns mit der Abschaffung der Liegenschaftssteuer beauftragt. Wir werden das Anliegen in der nächsten Revision des Steuergesetzes umsetzen.

17. *Ida Glanzmann-Hunkeler* und Mit. über Abzüge bei tiefen Einkommen (Nr. 491). Eröffnet 28.6.05, teilw. erh. 20.6.06

In der Teilrevision 2008 des Steuergesetzes ist die Steuerfreigrenze für Alleinstehende auf neu 9'100 Franken und für Verheiratete auf neu 18'200 Franken angehoben worden. Gleichzeitig ist der Tarif für die unteren und mittleren Einkommen gestreckt worden. Ferner sind namentlich der Kinderabzug und der Abzug für Fremdbetreuungskosten erhöht worden. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

18. *Leo Müller* und Mit. über die Änderung des Grundstückgewinnsteuergesetzes (Nr. 544). Eröffnet als Motion 13.9.05, teilw. erh. als Postulat 20.6.06

Wir haben das Anliegen in der Teilrevision 2008 des Steuergesetzes, die in ihrem Anhang auch eine Änderung des Gesetzes über die Grundstückgewinnsteuer vorsieht, umgesetzt. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

19. *Erwin Arnold* und Mit. über die Überprüfung der Steuerbelastung für Personen mit Ergänzungsleistungen, ohne Liegenschaften und keinem oder geringem Vermögen (Nr. 564). Eröffnet 8.11.05, teilw. erh. 20.6.06

In der Teilrevision 2008 des Steuergesetzes ist die Steuerfreigrenze für Alleinstehende auf neu 9'100 Franken und für Verheiratete auf neu 18'200 Franken angehoben worden. Gleichzeitig ist der Tarif für die unteren und mittleren Einkommen gestreckt worden. Damit ist die noch bestehende leichte Mehrbelastung gegenüber dem Jahr 2000 bei Personen mit Ergänzungsleistungen eliminiert. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

20. *Patrick Graf* und Mit. über ein gerechteres und ausgleichenderes Steuersystem (Nr. 604). Eröffnet als Motion 17.1.06, teilw. erh. als Postulat 20.6.06

Wir haben in der Beantwortung des Vorstosses darauf hingewiesen, dass eine grundlegende Umgestaltung des Steuersystems nur in gesamtschweizerischem Rahmen und in enger Verknüpfung mit dem Finanzausgleich erfolgen kann. In diesem Rahmen unterstützen wir auch in Zukunft Forderungen nach einem einfacheren Steuersystem und der vertieften Prüfung kreativer Alternativansätze. Einen Alleingang eines einzelnen Kantons erachten wir dagegen als nicht sinnvoll. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

21. *Peter Schilliger* und Mit. über eine verursacher- und kostengerechte Steuerauscheidung von Selbständigerwerbenden mit Wohn- und Geschäftssitz im Kanton Luzern (Nr. 608). Eröffnet 18.1.06, erh. 20.6.06

In der Beantwortung des Vorstosses haben wir darauf hingewiesen, dass der bisherige Anteil des Wohnorts von 25 Prozent an der Besteuerung des Geschäftseinkommens in Angleichung an die interkantonalen und internationalen Ausscheidungsregeln konsequenterweise gestrichen werden müsste. Der geänderten Verteilung des Steuerertrages müsste dann allerdings im Rahmen des kantonalen Finanzausgleichs Rechnung getragen werden. Nachdem das Projekt Finanzreform 08 aber bereits zu weit fortgeschritten ist, um eine grundsätzliche Diskussion über eine verursacher- und kostengerechte Steuerauscheidung im Sinn des Vorstosses zu diskutieren, werden wir das Anliegen in ein nächstes Projekt Aufgabenteilung Gemeinden-Kanton ab 2008 aufnehmen und dort prüfen (Aufgaben mit der Priorität C).

22. *Beat Ineichen* und Mit. über die Verbesserung der Steuergerechtigkeit (Nr. 635). Eröffnet 27.03.06, erh. 20.6.06

Die im Vorstoss verlangte gesetzliche Verankerung der Lohnmeldepflicht für Arbeitgeber ist in der Teilrevision 2008 des Steuergesetzes erfolgt. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

23. *Beat Ineichen* und Mit. über die Steuerbefreiung für öffentlich-rechtliche Unterhaltsgenossenschaften mit ausschliesslich Güter- und Waldstrassen- sowie Wuhrpflichtaufgaben (Nr. 700). Eröffnet als Motion 16.5.06, erh. als Postulat 20.6.06 (in Verbindung mit dem Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement)

Das Anliegen ist im Rahmen der zweiten Beratung der Teilrevision 2008 des Steuergesetzes diskutiert worden. Die Kommission Wirtschaft und Abgaben Ihres Rates hat beschlossen, das Anliegen erst im Rahmen der nächsten Revision des Steuergesetzes zu behandeln. Es soll in das Vernehmlassungsverfahren einbezogen werden.

24. *Adrian Borgula* und Mit. über die räumliche Zusammenführung der Hochschulverwaltungen im neuen Universitäts-/PHZ-Gebäude am Bahnhof (Nr. 613). Eröffnet 18.1.06, erh. 27.6.06 (in Verbindung mit dem Bildungs- und Kulturdepartement)

Am 11. September 2006 haben Sie dem Dekret über einen Sonderkredit für den Kauf und den Umbau des Postbetriebsgebäudes beim Bahnhof Luzern für die Universität Luzern und die PHZ Luzern zugestimmt. Am 26. November 2006 haben auch die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger des Kantons Luzern dem Projekt mit grossem Mehr zugestimmt. Das Projekt umfasst sämtliche Räume der Universität Luzern und knapp die Hälfte des Raumprogramms der PHZ Luzern. Die übrigen Räume der PHZ Luzern werden im Schulgebäude Musegg, im Schulgebäude Bellerive und in von Dritten zugemieteten Räumen platziert. Wir konnten nicht alle drei Hochschulverwaltungen im Postbetriebsgebäude innerhalb des bestehenden Gebäudevolumens zusammenführen. Wir müssten das Postbetriebsgebäude mit dem als Reserve gedachten Attikageschoss aufstocken, damit die FHZ-Direktion und die Direktion der Pädagogischen Hochschule Zentral-

schweiz im Postbetriebsgebäude integriert werden könnten. Diese Erweiterung hätte nicht mehr innerhalb der Limite von 145 Millionen Franken für den Erwerb und den Ausbau des Postbetriebsgebäudes realisiert werden können. Wir würden zusammen mit allen betroffenen Schulen die räumliche Zusammenführung der drei Hochschulverwaltungen am Standort Postbetriebsgebäude grundsätzlich begrüßen, lehnen aber eine Überschreitung des festgelegten Kostendaches von 145 Millionen Franken ab. Wir werden im Rahmen des Projektes Reform 06 die Organisation aller Hochschulen auf dem Platz Luzern überprüfen. Wir werden in diesem Projekt auch räumliche Massnahmen zur Verbesserung der Zusammenarbeit vorschlagen.

25. *Erich Leuenberger* und Mit. über den Verkauf der staatseigenen Parzellen im Wauwilermoos (Nr. 705). Eröffnet: 16.5.06, erh. 15.9.06 (in Verbindung mit dem Justiz- und Sicherheitsdepartement)

Wir haben Ende 2005 drei Pachtverträge gekündigt. Zwei Pächter haben eine Erstreckung der Pacht bewirkt. Ein Pächter hat auf diese Möglichkeit verzichtet. Dieses Grundstück haben wir öffentlich ausgeschrieben. Wir werden Grundstücke nur an Haupterwerbsbetriebe im ortsüblichen Bewirtschaftungsbereich verkaufen. Als weitere Kriterien gelten die Höhe des Angebotes und die landwirtschaftliche Fachausbildung. Wir werden weitere Grundstücke, deren Pachtverträge auslaufen, ebenfalls kündigen. So wollen wir den kantonalen Bestand an Landwirtschaftsland sukzessive abbauen. Der Kanton Luzern bleibt aber noch über längere Zeit Eigentümer einer Vielzahl von Parzellen im Wauwilermoos. Damit können wir sicherstellen, dass auch mittel- und langfristig Realersatzland für den Kanton, die Gemeinden oder Gewerbebetriebe zur Verfügung steht. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

26. *Christian Forster* und Mit. über Kosten- und Raumoptimierungen in kantonal genutzten Liegenschaften (Nr. 666). Eröffnet 27.3.06, erh. 7.11.06

Wir haben das Amt für Hochbauten und Immobilien beauftragt, die Liegenschaftsbuchhaltung einzuführen. Das Konzept der Kostenmiete und die notwendigen Informatikmittel als wichtige Grundlagen für die Liegenschaftsbuchhaltung haben wir bereits erarbeitet. Die baulichen und technischen Aspekte der kantonalen Liegenschaften bewirtschaften wir schon seit längerer Zeit systematisch. Damit können wir die Vollkosten der eigenen Liegenschaften ermitteln, die Kostentransparenz unserer Leistungen erhöhen und die Liegenschaftsbewirtschaftung verbessern. Wir gehen davon aus, dass wir Ihnen erstmals mit der Staatsrechnung 2007 unser Liegenschaftsportfolio mit aktuellen Kennzahlen und Informationen werden unterbreiten können.

27. *Peter Lerch* und Mit. über ein Mobilitätsmanagement für die kantonale Verwaltung (Nr. 639). Eröffnet 27.03.06, erh. 7.11.06 (in Verbindung mit dem Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement)

Wir haben wesentliche Aspekte eines aktiven Mobilitätsmanagements für die kantonale Verwaltung umgesetzt und weitere Projekte eingeleitet. Mit einer gezielten Informationskampagne werden wir unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für einen sorgsameren Umgang im Bereich des motorisierten Individualverkehrs sensibilisieren. Wir werden bis zum 1. Januar 2008 die Parkplatzbewirtschaftung der durch den Kanton Luzern genutzten Gebäude neu regeln.

28. *Adrian Borgula* und Mit. über die Verwendung von Strom aus erneuerbaren Energiequellen in der kantonalen Verwaltung (Nr. 353). Eröffnet 30.11.04, teilw. erh. 4.12.06 (in Verbindung mit Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement)

Wir können den Strombezug der kantonalen Verwaltung zu den heutigen Konditionen nicht auf Strom aus erneuerbaren Energiequellen umstellen. Wir beobachten aber die Preisentwicklung von Strom aus erneuerbaren Energien laufend und werden in Zukunft die Lieferung von Strom aus erneuerbaren Energien in die Verhandlungen zur Ausarbeitung von neuen Energielieferverträgen mit den Lieferanten von elektrischer Energie einbeziehen. Wir werden den Einsatz von Strom aus erneuerbaren Energiequellen bei wesentlichen Veränderungen der Rahmenbedingungen und unter Berücksichtigung der finanziellen Möglichkeiten neu beurteilen.

29. *Herbert Widmer* und Mit. über die Umsetzung der Projekte aus der Reform 06 (Nr. 789). Eröffnet 15.9.06, erh. 5.12.06

Wir haben Ihrem Rat Anfang 2007 unseren Schlussbericht über die konzeptionelle Vorbereitung des Projekts Reform 06 (B 112 vom 16. Januar 2007) zur Genehmigung unterbreitet. Mit diesem Bericht soll einerseits Rechenschaft über die Verwendung des

bewilligten Sonderkredits abgelegt und andererseits über den Stand der Arbeiten in den einzelnen Teilprojekten informiert werden. Wir zeigen auch auf, über welche Teilprojekte wir in eigener Kompetenz entscheiden und zu welchen Projekten wir Ihnen eine separate Vorlage zum Entscheid unterbreiten werden, weil die Sache im Zuständigkeitsbereich Ihres Rates liegt. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

Gesundheits- und Sozialdepartement

Motionen

1. *Räto Camenisch* und Mit. über eine Revision des Heimfinanzierungsgesetzes (Nr. 261). Eröffnet 21.6.04, erh. 14.9.04 (in Verbindung mit dem Finanzdepartement)

Am 29. August 2006 haben wir Ihrem Rat die Botschaft B 159 zum Entwurf eines Gesetzes über soziale Einrichtungen zugeleitet. Wir beantragen Ihnen, die Motion **abzuschreiben**.

2. *Rolf Hermetschweiler* über Bussen für Sozialhilfemissbrauch (Nr. 340). Eröffnet 29.11.04, erh. 17.1.06

Eine entsprechende Gesetzesänderung ist in Vorbereitung.

3. *Adrian Borgula* und Mit. über verschärfte Vorgaben zur Haltung und Zucht von gefährlichen Hunden (Nr. 588). Eröffnet 6.12.05, teilw. erh. 27.6.06

Am 15. September 2006 haben Sie eine Änderung des Gesetzes über das Halten von Hunden (SRL Nr. 848) beschlossen, die auf den 1. Januar 2007 in Kraft getreten ist. Wir beantragen Ihnen, die Motion **abzuschreiben**.

4. *Michael Egli* über Massnahmen gegen potenziell gefährliche Hunde (Nr. 672). Eröffnet 15.5.06, teilw. erh. 27.6.06

Am 15. September 2006 haben Sie eine Änderung des Gesetzes über das Halten von Hunden (SRL Nr. 848) beschlossen, die auf den 1. Januar 2007 in Kraft getreten ist. Wir beantragen Ihnen, die Motion **abzuschreiben**.

5. *Pius Zängerle* und Mit. über ein Rauchverbot in den Innenräumen von öffentlich zugänglichen Gebäuden (Nr. 663). Eröffnet 27.3.06, erh. 7.11.06 (in Verbindung mit dem Justiz- und Sicherheitsdepartement)

Eine entsprechende Gesetzesänderung ist in Vorbereitung.

6. *Pascal Ludin* und Mit. über ein Rauchverbot in Gaststätten, Bars, Cafés und Diskotheken und anderen öffentlichen Räumen (Nr. 664). Eröffnet 27.3.06, erh. 7.11.06 (in Verbindung mit dem Justiz- und Sicherheitsdepartement)

Eine entsprechende Gesetzesänderung ist in Vorbereitung.

Postulate

1. *Ruedi Ott* und Mit. über die Errichtung einer Kinder- und Jugendpsychiatrischen Beobachtungs- und Therapiestation (KJPBT) (Nr. 159). Eröffnet 18.6.96, teilw. erh. 2.12.97 (in Verbindung mit dem Bildungs- und Kulturdepartement)

Dem Anliegen im Bereich Jugendpsychiatrie wird mit der im September 2002 neu eröffneten psychiatrischen Jugendtherapiestation weitgehend entsprochen. Für kinderpsychiatrische Anliegen wurde das Angebot im Jahr 2006 punktuell weiter verbessert. Das Projekt für eine kinderpsychiatrische Therapiestation wurde wieder aufgenommen und soll im Jahr 2007 umgesetzt werden.

2. *Albert Vitali* und Mit. über die Änderung von § 20 des Prämienverbilligungsgesetzes (Nr. 616). Eröffnet als Motion 24.11.98, erh. als Postulat 14.9.99

Am 11. April 2006 haben wir Ihrem Rat die Botschaft B 144 zum Entwurf von Änderungen des Prämienverbilligungsgesetzes und des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung zugeleitet. Das revidierte Gesetz ist auf den 1. Januar 2007 in Kraft gesetzt worden. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

3. *Vreni Moser* und Mit. über die Änderung des Prämienverbilligungsgesetzes (Nr. 14). Eröffnet als Motion 22.6.99, erh. als Postulat 14.9.99

Am 11. April 2006 haben wir Ihrem Rat die Botschaft B 144 zum Entwurf von Änderungen des Prämienverbilligungsgesetzes und des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung zugeleitet. Das revidierte Gesetz ist auf den 1. Januar 2007 in Kraft gesetzt worden. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

4. *Albert Vitali* und Mit. über eine Strukturanalyse über die Aufgaben und die Kostenaufteilung im Sozialbereich (Nr. 540). Eröffnet als Motion 12.5.98, erh. als Postulat 26.10.99

Das Projekt Finanzreform 08, in dessen Rahmen das Anliegen bearbeitet wird, war in der Vernehmlassung. Die Arbeiten zur Vorbereitung einer Botschaft an Ihren Rat sind weitgehend abgeschlossen.

5. *Rico De Bona* über die Prüfung eines degressiven Modells bei der Anspruchsberechtigung der Prämienverbilligung (Nr. 75). Eröffnet 17.1.2000, teilw. erh. 9.5.2000

Am 11. April 2006 haben wir Ihrem Rat die Botschaft B 144 zum Entwurf von Änderungen des Prämienverbilligungsgesetzes und des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung zugeleitet. Das revidierte Gesetz ist auf den 1. Januar 2007 in Kraft gesetzt worden. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

6. *Gerhard Klein* und Mit. über die Führung einer detaillierten Kostenrechnung für die ambulante Medizin in allen kantonalen Spitälern (Nr. 258). Eröffnet 21.11.2000, erh. 2.7.01

In der Beantwortung haben wir aufgezeigt, dass es derzeit genügen muss, wenn der ambulante Ertrag anstelle des nicht gerechneten Aufwandes angenommen wird. Das Ziel, auch für die ambulant erbrachten Leistungen eine detaillierte Kostenrechnung einzuführen, gilt aber nach wie vor.

7. *Margrit Steinhäuser* und Mit. über ein Zentrum für eine geriatrische Kurzzeitrehabilitation (Nr. 285). Eröffnet als Motion 15.1.01, erh. als Postulat 22.1.02

Die Anliegen des Postulats wurden im Rahmen der laufenden Pflegeheimplanung und der Planung der Gesundheitsversorgung (Spitalplanung) geprüft. Zurzeit werden verschiedene Varianten zur Umsetzung ausgearbeitet. Zusätzlich prüft das Gesundheits- und Sozialdepartement zusammen mit dem Sozialvorsteherverband (SVL), der Luzerner Altersheimleiterkonferenz (LAK) sowie weiteren interessierten Organisationen die Einführung einer Übergangspflege.

8. *Marlise Stöckli* und Mit. über den Übertritt vom Akutspital ins Pflegeheim (Nr. 400). Eröffnet 25.6.01, erh. 22.1.02

Die Anliegen des Postulats wurden im Rahmen der laufenden Pflegeheimplanung und der Planung der Gesundheitsversorgung (Spitalplanung) geprüft. Zurzeit werden verschiedene Varianten zur Umsetzung ausgearbeitet. Insbesondere prüft das Gesundheits- und Sozialdepartement zusammen mit dem Sozialvorsteherverband (SVL), der Luzerner Altersheimleiterkonferenz (LAK) sowie weiteren interessierten Organisationen auch die Einführung einer Übergangspflege.

9. *Elisabeth Schubiger* und Mit. über die Erarbeitung eines umfassenden Massnahmenkonzepts zu jetzigen und zukünftigen Bedürfnissen der älteren Generation im Bereich von Medizin und Pflege (Nr. 299). Eröffnet als Motion 16.1.01, erh. als Postulat 28.1.02

Die Anliegen des Postulats wurden im Rahmen der laufenden Pflegeheimplanung und der Planung der Gesundheitsversorgung (Spitalplanung) geprüft. Zurzeit werden verschiedene Varianten zur Umsetzung ausgearbeitet. Zusätzlich prüft das Gesundheits- und Sozialdepartement zusammen mit dem Sozialvorsteherverband (SVL), der Luzerner Altersheimleiterkonferenz (LAK) sowie weiteren interessierten Organisationen die Einführung einer Übergangspflege.

10. *Eva Zihlmann* und Mit. über einen Wechsel beim Antragssystem für den Bezug von Prämienverbilligung (Nr. 442). Eröffnet als Motion 3.7.01, erh. als Postulat 5.3.02 Am 11. April 2006 haben wir Ihrem Rat die Botschaft B 144 zum Entwurf von Änderungen des Prämienverbilligungsgesetzes und des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung zugeleitet. Das revidierte Gesetz ist auf den 1. Januar 2007 in Kraft gesetzt worden. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

11. *Ruth Fuchs* und Mit. über die Errichtung von stationären kinder- und jugendpsychiatrischen Einrichtungen (Nr. 398). Eröffnet 25.6.01, erh. 27.5.02
Dem Anliegen im Bereich Jugendpsychiatrie wird mit der im September 2002 neu eröffneten psychiatrischen Jugendtherapiestation weitgehend entsprochen. Für kinderpsychiatrische Anliegen wurde das Angebot im Jahr 2006 punktuell weiter verbessert. Das Projekt für eine kinderpsychiatrische Therapiestation wurde wieder aufgenommen und soll im Jahr 2007 umgesetzt werden.

12. *Rosa Rumi* und Mit. über den Verzicht auf die Festlegung eines Eingabetermins für den Antrag auf Prämienverbilligung (Nr. 443). Eröffnet 3.7.01, erh. 27.5.02
Am 11. April 2006 haben wir Ihrem Rat die Botschaft B 144 zum Entwurf von Änderungen des Prämienverbilligungsgesetzes und des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung zugeleitet. Das revidierte Gesetz ist auf den 1. Januar 2007 in Kraft gesetzt worden. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

13. *Marcel Johann* und Mit. über die Einführung einer Kostenstellen-, Kostenarten- und Kostenträgerrechnung in den öffentlichen Spitälern des Kantons Luzern (Nr. 393). Eröffnet als Motion 25.6.01, erh. als Postulat 1.7.02
Die Kostenstellenrechnung ist in allen Spitälern und Kliniken eingeführt. Die Kostenträgerrechnung wird im Rahmen der finanziellen und personellen Möglichkeiten weiterentwickelt. Die Anpassungen erfolgen nach dem schweizerischen Modell REKOLE (Revision der Kosten- und Leistungsrechnung), das die KVG-Vorgaben erfüllt. Die Leistungserfassung und die Kostenträgerrechnung werden in der Akutsomatik frühestens 2008 realisiert sein. In der Psychiatrie und Rehabilitation wird das Projekt 2007 abgeschlossen.

14. *Lotti Stadelmann* und Mit. über die familienergänzenden Betreuungseinrichtungen für Kinder im Schul- und Vorschulalter (Nr. 376). Eröffnet als Motion 8.5.01, erh. als Postulat 26.11.02 (in Verbindung mit dem Bildungs- und Kulturdepartement)
Das Projekt Finanzreform 08, in dessen Rahmen das Anliegen bearbeitet wird, war in der Vernehmlassung. Die Arbeiten zur Vorbereitung einer Botschaft an Ihren Rat sind weitgehend abgeschlossen.

15. *Ida Glanzmann* und Mit. über die Auslastung, die Erreichbarkeit und wenn nötig einen Ausbau der Schwangerschaftsberatungsstelle (Nr. 669). Eröffnet 24.6.02, erh. 27.1.03
Das eigentliche Beratungsangebot ist gemessen an den Anfragen genügend. Zur Optimierung des sexualpädagogischen Angebots haben das BKD und das GSD mit der Aidshilfe Luzern eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

16. *Damian Meier* und Mit. über die Konsequenzen für die Schwangerschaftsberatungsstelle nach Annahme der Fristenregelung (Nr. 670). Eröffnet 24.6.02, erh. 27.1.03
Das eigentliche Beratungsangebot ist gemessen an den Anfragen genügend. Zur Optimierung des sexualpädagogischen Angebots haben das BKD und das GSD mit der Aidshilfe Luzern eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

17. *Herbert Widmer* und Mit. über ein zukunftsgerichtetes Konzept im Bereich der Sozialausgaben (Nr. 392). Eröffnet 25.6.01, erh. 23.6.03
Am 7. Juni 2006 wurde der Sozialbericht des Kantons Luzern den Medien und der Öffentlichkeit vorgestellt. Das kantonale Sozialamt prüft die Berichtsergebnisse und leitet die erforderlichen Massnahmen ab, die in verschiedenen Bereichen umgesetzt werden sollen. Dies ist nun eine Daueraufgabe, die auch im Kontext von NFA und Finanzreform 08 bearbeitet werden muss. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

18. *Rosa Rumi* und Mit. über die Öffnung des Zugangs für Gemeindeverwaltungen zur

Datenbank der Ausgleichskasse (Nr. 444). Eröffnet 3.7.01, erh. 23.6.03
Am 11. April 2006 haben wir Ihrem Rat die Botschaft B 144 zum Entwurf von Änderungen des Prämienverbilligungsgesetzes und des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung zugeleitet. Mit der Umsetzung des geänderten Prämienverbilligungsgesetzes ab 1. Januar 2007 konnten die Abläufe in der Datenerfassung im Sinne des Postulats optimiert werden. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

19. *Daniela Kiener* und Mit. über ein kantonales Familienleitbild (Nr. 708). Eröffnet als Motion 2.7.02, erh. als Postulat 23.6.03

Die Vorbereitungsarbeiten sind weitgehend abgeschlossen. Die Verabschiedung durch unseren Rat ist für das erste Semester 2007 geplant.

20. *Gaby Müller* und Mit. über die Aufgabenteilung von Kanton und Gemeinden in der Sozialpolitik (Nr. 827). Eröffnet 27.1.03, erh. 23.6.03

Das Projekt Finanzreform 08, in dessen Rahmen das Anliegen bearbeitet wird, war in der Vernehmlassung. Die Arbeiten zur Vorbereitung einer Botschaft an Ihren Rat sind weitgehend abgeschlossen.

21. *Elisabeth Schubiger* und Mit. über eine umgehende Auslösung weiterer Planungsschritte für das Kinderspital Luzern und die Aufnahme des Projekts „Erweiterung Kinderspital“ (mit Investitionskosten) in den IFAP 2004–2008 (Nr. 874). Eröffnet 1.4.03, teilw. erh. 9.9.03 (in Verbindung mit dem Finanzdepartement)

Die Anliegen wurden im Rahmen der Planung der Gesundheitsversorgung (Spitalplanung) geprüft. Die Sanierung und Erweiterung des Kinderspitals wurde in den IFAP 2007–2011 aufgenommen. Im Rahmen des Planungsberichtes für die Spitalbauten an den Regierungsrat (Sommer 2007) wird die Erweiterung des Kinderspitals behandelt.

22. *Patrick Graf* und Mit. über aussagekräftige Indikatoren zur Gesamtzielsetzung im Spitalbereich (Nr. 29). Eröffnet 24.6.03, erh. 9.3.04

Das KVG verlangt die integrale Überprüfung der Leistungserbringer. Indikatoren müssen auf einer einwandfreien Grundlage basieren und die Kontinuität und die Vergleichbarkeit (Benchmarking) mit andern Spitälern gewährleisten. Das nationale einheitliche Vorgehen gemäss Rahmenvertrag H+/santésuisse ist daher richtig und führt kontinuierlich zu einer Verbesserung der Aussagekraft über Qualität und Sicherheit im Spitalbereich und somit zu aussagekräftigeren Indikatoren. Zudem arbeiten drei Zentralschweizer Kantone und die öffentlich subventionierten Spitäler dieser Kantone zusammen mit santésuisse und der Medizinaltarif-Kommission (MTK) an einer gemeinsamen Organisation („QUA-Zentral“) zur Ergebnisqualitätsmessung (Outcome-Messung) im somatischen Bereich. Die ersten Messungen sind im zweiten Halbjahr 2007 geplant.

23. *Rolf Hermetschweiler* und Mit. über mehr Anreize zur Selbsthilfe statt Sanktionen (Nr. 252). Eröffnet 21.6.04, erh. 8.3.05

Das Projekt Finanzreform 08, in dessen Rahmen das Anliegen bearbeitet wird, war in der Vernehmlassung. Die Arbeiten zur Vorbereitung einer Botschaft an Ihren Rat sind weitgehend abgeschlossen.

24. *Felicitas Zopfi* und Mit. über die Schaffung eines Rahmengesetzes betreffend ausserfamiliäre Kinderbetreuung (Nr. 138). Eröffnet als Motion 26.1.04, erh. als Postulat 14.3.05

Das Projekt Finanzreform 08, in dessen Rahmen das Anliegen bearbeitet wird, war in der Vernehmlassung. Die Arbeiten zur Vorbereitung einer Botschaft an Ihren Rat sind weitgehend abgeschlossen.

25. *Urs Thumm* und Mit. über die Umsetzung einer kohärenten Familienpolitik (Nr. 323). Eröffnet 3.11.04, teilw. erh. 14.3.05 (in Verbindung mit dem Finanzdepartement)

Die Arbeiten an einem kantonalen Familienleitbild sind weitgehend abgeschlossen. Die Verabschiedung durch den Regierungsrat ist für das erste Semester 2007 geplant.

26. *Ruedi Stöckli* und Mit. über eine neuerliche öffentliche Ausschreibung des Asylwesens im Kanton Luzern (Nr. 293). Eröffnet 13.9.04, erh. 17.1.06

In unserer Stellungnahme zum Postulat haben wir die gewünschten Informationen abgegeben. Die Überprüfung der Vergabepolitik muss bei jeder Vertragsänderung erfolgen.

Dies ist eine Daueraufgabe. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

27. *Michael Egli* über eine elektronische Gesundheitskarte im Kanton Luzern (Nr. 381). Eröffnet 7.3.05, teilw. erh. 17.1.06

Wir unterstützen die Einführung der Gesundheitskarte auf verschiedenen Ebenen. Der Kanton Luzern hat beispielsweise bei der Erarbeitung der nationalen e-Health-Strategie mitgewirkt und ist auch in der neu gegründeten Arbeitsgruppe e-Health der Gesundheitsdirektoren-Konferenz vertreten. Diese soll insbesondere die Koordination unter den Kantonen sicherstellen und die Einführung von e-Health fördern.

28. *Hans Peter Pfister* und Mit. über die Finanzierung des Behinderten-Taxis und weiterer NFA-Massnahmen (Nr. 400). Eröffnet 8.3.05, erh. 18.1.06 (in Verbindung mit dem Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement)

In einem Vorprojekt des GSD wurde festgestellt, dass das Problem nicht als Finanzierungsproblem einzelner Rollstuhltaxianbieter sondern ganzheitlich als Frage des Behindertentransportwesens angegangen werden muss. Ein entsprechendes Projekt ist in Bearbeitung.

29. *Pia Maria Brugger* und Mit. über die Regelung der Finanzierung des Rollstuhltaxis Lu-Tixi (Nr. 412). Eröffnet als Motion 14.3.05, erh. als Postulat 18.1.06 (in Verbindung mit dem Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement)

In einem Vorprojekt des GSD wurde festgestellt, dass das Problem nicht als Finanzierungsproblem einzelner Rollstuhltaxianbieter sondern ganzheitlich als Frage des Behindertentransportwesens angegangen werden muss. Ein entsprechendes Projekt ist in Bearbeitung.

30. *Patrick Graf* und Mit. über bezahlbare Transportmöglichkeiten für Behinderte (Nr. 442). Eröffnet als Motion 3.5.05, erh. als Postulat 18.1.06

Ein Vorprojekt des GSD hat ergeben, dass das Problem nicht als Finanzierungsproblem einzelner Rollstuhltaxianbieter sondern ganzheitlich als Frage des Behindertentransportwesens angegangen werden muss. Ein entsprechendes Hauptprojekt ist in Vorbereitung.

31. *Adrian Borgula* und Mit. über eine effektive und beschleunigte Sanierung der Asbestlasten (Nr. 463). Eröffnet 20.6.05, teilw. erh. 14.2.06 (in Verbindung mit dem Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement)

Vom Kantonsapotheker wurden die bekannten Daten überprüft und in einem aktualisierten Asbestkataster zusammengefasst. Die Führung eines abschliessenden Katasters ist aber auf Grund der Komplexität des Sachverhalts nicht möglich. Bei kantonalen Bauten ist kein Handlungsbedarf bekannt. Das revidierte Gesetz ist auf den 1. Januar 2007 in Kraft gesetzt worden. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

32. *Erwin Arnold* und Mit. über Massnahmen zur Eindämmung der administrativen und finanziellen Aufwendungen zur Deckung der uneinbringlichen Krankenkassenprämien nach § 5 Absatz 2 EGKVG (Nr. 406). Eröffnet 8.3.05, teilw. erh. 27.3.06

Am 11. April 2006 haben wir Ihrem Rat die Botschaft B 144 zum Entwurf von Änderungen des Prämienverbilligungsgesetzes und des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung zugeleitet. Das revidierte Gesetz ist auf den 1. Januar 2007 in Kraft gesetzt worden. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

33. *Christian Schönholzer* und Mit. über eine Neukonzeption der Herzchirurgie am Kantonsspital (Nr. 634). Eröffnet 14.2.06, erh. 27.3.06

Unser Rat hat im Januar 2006 beschlossen, dass die Limitierung der Herzchirurgie schrittweise aufgehoben wird und die Herzchirurgie ab 1. Januar 2007 weiterentwickelt wird.

34. *Gerhard Klein* über das Aufheben der Vertraulichkeit des Expertenberichtes von H-Focus über das Einsparpotenzial im Gesundheitswesen des Kantons Luzern (Nr. 585). Eröffnet 5.12.05, erh. 16.5.06 (in Verbindung mit dem Finanzdepartement)

Obwohl der Expertenbericht keinen Bezug mehr zu einem aktuellen Geschäft des Grossen Rates hatte, haben wir den Bericht den Mitgliedern Ihres Rates zugänglich gemacht. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

35. *Christoph Lengwiler* und Mit. über die Sicherstellung der Wohnbegleitung von Behinderten auch nach der Einführung der NFA (Nr. 579). Eröffnet 8.11.05, erh.

15.9.06

In der Zuständigkeitsfrage hat sich nichts geändert: die Zuständigkeit ist nach wie vor beim Bund. Bis zur Einführung der NFA müssen wir abwarten, ob es in dieser Frage noch Änderungen gibt.

36. *Heidy Lang-Iten* und Mit. über das Schliessen der Betreuungslücke zwischen Spital und Pflegeheim (Nr. 694). Eröffnet 16.5.06, erh. 5.12.06

Die Anliegen des Postulats wurden im Rahmen der laufenden Pflegeheimplanung und der Planung der Gesundheitsversorgung (Spitalplanung) geprüft. Zurzeit werden verschiedene Varianten zur Umsetzung ausgearbeitet. Insbesondere prüft das Gesundheits- und Sozialdepartement zurzeit zusammen mit dem Sozialvorsteherverband (SVL), der Luzerner Altersheimleiterkonferenz (LAK) sowie weiteren interessierten Organisationen die Einführung einer Übergangspflege.

Justiz- und Sicherheitsdepartement

Motionen

1. *Gaby Müller* und Mit. über eine rechtliche Grundlage für registrierte Partnerschaften von homosexuellen Paaren (Nr. 486). Eröffnet 11.9.01, teilw. erh. 5.3.02
Mit der Botschaft B 147 vom 2. Mai 2006 haben wir Ihnen die entsprechenden Vorschläge unterbereitet. Wir beantragen Ihnen, die Motion **abzuschreiben**.

2. *Walter Häcki* namens der SPK über die Anpassung der kantonalen Rechtssätze an den Grundsatz der Organisationsfreiheit der Gemeinden (Nr. 144). Eröffnet 8.3.04, erh. 8.3.04

Mit der Botschaft B 160 vom 5. September 2006 haben wir Ihnen die entsprechenden Vorschläge unterbereitet. Wir beantragen Ihnen, die Motion **abzuschreiben**.

3. *Marlis Roos* über die Abschaffung des Gesetzes über Leihbibliotheken und die Bekämpfung der Schmutz- und Schunderzeugnisse (Nr. 405). Eröffnet 8.3.05, erh. 13.9.05 (in Verbindung mit dem Bildungs- und Kulturdepartement)

Mit der Botschaft B 160 vom 5. September 2006 haben wir Ihnen die entsprechenden Vorschläge unterbereitet. Wir beantragen Ihnen, die Motion **abzuschreiben**.

4. *Anton Huber* und Mit. über die Aufhebung von § 90 EGZGB (Publikation Handänderungen) (Nr. 295). Eröffnet 14.9.04, teilw. erh. 17.1.06

Bei der nächsten Gesetzesrevision wird ihrem Rat das Thema zusammen mit andern Anliegen vorgelegt.

5. *Hans Peter Pfister* namens der AKK über die rasche und umfassende Umsetzung der geplanten Sicherheitsmassnahmen bei den Gerichten im Kanton Luzern (Nr. 402). Eröffnet 8.3.05, erh. 17.1.06 (in Verbindung mit dem Finanzdepartement)

Alle Massnahmen bei den kantonalen Bauten sind umgesetzt. Die Massnahmen bei den Amtsgerichten sind nur zum Teil umgesetzt. Diese Gebäude gehören den Gemeinden oder sind von diesen gemietet. Wir haben diesbezüglich keinen Einfluss. Wir beantragen Ihnen, die Motion **abzuschreiben**.

6. *Albert Mattmann* namens der Spezialkommission Kantonsverfassung über einen Planungsbericht zur Gliederung des Kantons in Wahlkreise und in Einteilungen für die dezentrale Aufgabenerfüllung (Nr. 671). Eröffnet 15.5.06, erh. 16.5.06

Mit der Botschaft B 158 vom 22. August 2006 haben wir Ihnen die entsprechenden Vorschläge unterbereitet. Wir beantragen Ihnen, die Motion **abzuschreiben**.

7. *Guido Graf* und Mit. über einen Planungsbericht über die Agglomerationspolitik des Kantons Luzern im Zusammenhang mit der Fusion von Littau und Luzern (Nr. 738). Eröffnet 11.9.06, erh. 14.9.06

Wir werden Ihnen einen entsprechenden Planungsbericht im Frühjahr 2007 vorlegen.

Postulate

1. *Rudolf Amrein (Malters)* über eine Änderung der Gebührenregelung (Nr. 32). Eröffnet als Motion 23.10.95, erh. als Postulat 3.12.96

Im Zivilstandswesen sind alle Gebühren im Bundesrecht neu geregelt. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

2. *Rico De Bona* und Mit. über die Schaffung von Rechtsgrundlagen für die Teilnahme an kantonalen Wahlen und Abstimmungen per Internet (Nr. 136). Eröffnet 8.5.2000, erh. 12.9.2000

Das Projekt «vote électronique» wird momentan in den eidgenössischen Räten beraten. Nach der Beratung werden wir über das weitere Vorgehen entscheiden.

3. *Ida Glanzmann* und Mit. über die Überprüfung der Erreichbarkeit der Polizei und der Sicherheit der Bevölkerung (Nr. 464). Eröffnet 10.9.01, erh. 27.5.02

Der Entwurf eines Planungsberichtes liegt vor. Wir haben entschieden, die Resultate der Prüfung der Zusammenlegung von Kantons- und Stadtpolizei abzuwarten und Ihnen dann den Planungsbericht mit den verschiedenen Massnahmen zu unterbreiten.

4. *Gaby Müller* und Mit. über die Offenlegung von Interessenbindungen von Ersatzrichterinnen und Ersatzrichtern (Nr. 475). Eröffnet als Motion 11.9.01, erh. als Postulat 20.1.03

Der Verfassungsentwurf enthält eine entsprechende Bestimmung für Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Die Umsetzung bedarf einer Gesetzesänderung. Wir werden gleichzeitig einen Vorschlag für Richterinnen und Richter unterbreiten.

5. *Anton Kunz* und Mit. über eine Statistik der Delikte von Asylsuchenden (Nr. 832). Eröffnet als Motion 17.2.03, erh. als Postulat 20.1.04

Die neue Informatikplattform, die von verschiedenen Kantonen zusammen geschaffen werden soll, ist noch nicht vorhanden. Die Statistik kann deshalb noch nicht in der gewünschten Form erstellt werden.

6. *Thomas Willi* über einen Online-Zugriff auf die Grundbuchdaten (Nr. 56). Eröffnet 9.9.03, erh. 14.9.04

Wir werden den Online-Zugriff voraussichtlich auf 2009 für bestimmte Kundengruppen verwirklichen.

7. *Ernst Blaser* und Mit. über eine Änderung von § 299 der Strafprozessordnung (Nr. 60). Eröffnet als Motion 9.9.03, erh. als Postulat 29.11.04

Im Rahmen des Projektes «Finanzreform 08» wird die Finanzierung der Massnahmen durch den Kanton geprüft.

8. *Erwin Arnold* und Mit. über die Zuständigkeit der Kostenübernahme im Massnahmenvollzug nach §§ 299 und 202 der Strafprozessordnung (Erwachsene sowie Kinder und Jugendliche) (Nr. 66). Eröffnet als Motion 9.9.03, erh. als Postulat 29.11.04

Im Rahmen des Projektes "Finanzreform 08" wird die Finanzierung der Massnahmen durch den Kanton geprüft.

9. *Adrian Borgula* und Mit. über die Zuweisung von Rasern zu gezielten Lernprogrammen (Nr. 136). Eröffnet 26.1.04, erh. 29.11.04

Ein Raserprogramm wird im Kanton im Jahr 2007 als Pilot gestartet. Wenn sich das Projekt bewährt, wird es definitiv umgesetzt. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

10. *Gerhard Klein* und Mit. über die Überprüfung der Kommissionen (Nr. 251). Eröffnet 21.6.04, erh. 3.5.05

Die Notwendigkeit von Kommissionen wird in den Departementen laufend überprüft. Da es sich damit um eine Daueraufgabe handelt, beantragen wir Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

11. *Balz Koller* und Mit. über die Reduktion des Verwaltungsaufwandes bei den Kommissionen für bäuerliches Erbrecht (Nr. 378). Eröffnet 25.1.05, erh. 3.5.05 (in Verbindung mit dem Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement)
Wir haben noch keine Zeit gefunden, uns dem Anliegen zu widmen.

12. *Patrick Meier* und Mit. über Beiträge aus den Sport-Toto-Geldern für die Leiterausbildung J+S (Nr. 330). Eröffnet 3.11.04, erh. 17.1.06 (in Verbindung mit dem Bildungs- und Kulturdepartement)

Die kantonalen Angebote der Kaderbildung können nicht als freiwillig angesehen werden, sondern erfüllen aus lotterierechtlicher Sicht eine öffentlich-rechtliche Verpflichtung. Staatliche Tätigkeiten, die über die Leistung von Staatsbeiträgen hinausgehen, sollten über den regulären Staatshaushalt finanziert werden. Demzufolge wurde die J+S-Leiterausbildung nahtlos aus dem Budget des BKD finanziert. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

13. *Guido Graf* und Mit. über den Einbezug des Kantons Luzern bei der Auslösung der «Phase Rot» im Rahmen des Dosiersystems am Gotthard und der Schaffung eines Stauraumkonzepts an der A 2 (Nr. 345). Eröffnet 30.11.04, erh. 14.2.06

Am Standort Sprengi soll auf 2008 eine Verkehrsmanagementzentrale entstehen. Wir werden nach Installation dieses Systems eine neue Beurteilung vornehmen und, falls erforderlich, intervenieren.

14. *Anton Kunz* und Mit. über die Reorganisation der Kantonspolizei (Nr. 540). Eröffnet 13.9.05, erh. 14.2.06

Der Entwurf eines Planungsberichtes liegt vor. Wir haben entschieden, die Resultate der Prüfung der Zusammenlegung von Kantons- und Stadtpolizei abzuwarten und Ihnen dann den Planungsbericht mit den verschiedenen Massnahmen zu unterbreiten.

15. *Christoph Portmann* und Mit. über die Konkursämter (Nr. 255). Eröffnet 21.6.04, erh. 27.3.06

Eine Reorganisation der Konkursämter wird zusammen mit der Gerichtskreise-Organisation geprüft.

16. *Hanspeter Bucher* und Mit. über die Vereinfachung der Durchführung der jährlich wiederkehrenden technischen Prüfung für Motorfahrzeuge über 3,5 Tonnen (Nr. 484). Eröffnet 28.6.05, erh. 27.3.06

Die Ausschreibung für die externe Dienstleistung ist erfolgt. Die interessierten Betriebe wurden persönlich kontaktiert und über die Anforderungen dokumentiert. Nach Prüfung der definitiven Gesuche wird im Jahr 2007 der Entscheid gefällt.

17. *Margrit Steinhauser* und Mit. über das unberechtigte Führen von Motorfahrzeugen durch Minderjährige und andere Delinquenz durch Jugendliche im Strassenverkehr (Nr. 558). Eröffnet 7.11.05, erh. 27.3.06

Im Rahmen des Planungsberichts wird die Kantonspolizei die weiteren Möglichkeiten der Prävention an der Oberstufe, den Mittelschulen und der Berufsbildung darstellen.

18. *Albert Vitali* und Mit. über die Änderung des Stimmrechtsgesetzes (Nr. 573). Eröffnet als Motion 8.11.05, erh. als Postulat 27.3.06

Das neue System wird für die Grossratswahlen 2007 angewendet. Wir beantragen, das Postulat **abzuschreiben**.

19. *Hans Peter Pfister* über die Bewilligung eines Personenschiffs auf dem Sempachersee (Nr. 575). Eröffnet 8.11.05, teilw. erh. 27.3.06 (in Verbindung mit dem Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement)

Das Baubewilligungsverfahren wurde noch nicht durchgeführt, weshalb von unserer Seite her keine weiteren Abklärungen erfolgten.

20. *Thomas Willi* und Mit. über eine kostenneutrale Umsetzung des neuen Allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches (Nr. 574). Eröffnet 8.11.05, teilw. erh. 26.6.06

Mit der Botschaft B 148 vom 2. Mai 2006 haben wir Ihnen die entsprechenden Antworten gegeben. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

21. *Beat Ineichen* und Mit. über ein zentralschweizerisches Handelsregister (Nr. 572).

Eröffnet 8.11.05, erh. 27.6.06
Die Anfrage bei den andern Kantonen ist noch nicht gemacht worden.

22. *Gerhard Klein* und Mit. über eine Notfallnummer für den Kanton Luzern (Nr. 551).
Eröffnet 7.11.05, teilw. erh. 15.9.06 (in Verbindung mit dem Gesundheits- und
Sozialdepartement)

Mit der Zusammenlegung von Kantons- und Stadtpolizei werden wir auch die Zusammenlegung der beiden Einsatzleitzentralen prüfen. Wir werden Ihnen die Resultate im Planungsbericht über die Kantonspolizei unterbreiten.

23. *Peter Lerch* und Mit. über eine emissions- und verbrauchsabhängige Motorfahrzeugsteuer (Nr. 643). Eröffnet als Motion 27.03.06, erh. als Postulat 15.9.06 (in Verbindung mit dem Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement)

Im Rahmen der Konkretisierung der im Planungsbericht des Regierungsrates über die Energiepolitik des Kantons Luzern skizzierten Massnahmen werden auch die heutigen Bemessungsgrundlagen der Fahrzeugbesteuerung unter dem ökologischen Aspekt überprüft und bei einer Gesetzesrevision umgesetzt.

24. *Albert Vitali* und Mit. über die Prüfung der Zusammenlegung der beiden Polizeikorps des Kantons und der Stadt Luzern (Nr. 795). Eröffnet 6.11.06, erh. 7.11.06
Die Resultate der Prüfung der Zusammenlegung von Kantons- und Stadtpolizei liegen noch nicht vor. Das Projekt ist in Bearbeitung.

25. *Markus Gehrig* und Mit. über die Prüfung der Zusammenlegung der Stadtpolizei mit der Kantonspolizei (Nr. 797). Eröffnet 6.11.06, erh. 7.11.06
Die Resultate der Prüfung der Zusammenlegung von Kantons- und Stadtpolizei liegen noch nicht vor. Das Projekt ist in Bearbeitung.

26. *Hanspeter Bucher* über die Zusammenlegung der Polizeikorps der Stadt Luzern und des Kantons (Nr. 802). Eröffnet 6.11.06, erh. 7.11.06
Die Resultate der Prüfung der Zusammenlegung von Kantons- und Stadtpolizei liegen noch nicht vor. Das Projekt ist in Bearbeitung.